

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen die bespaltene Kolonnen-Beile 60 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Kapitalistischer Anschauungsunterricht.

Im südlichen Deutschland spielte sich im letzten Frühjahr ein Konflikt ab, der öffentlich viel weniger Beachtung fand als er verdiente. Der Anlaß des Konfliktes ist allerdings kaum sonderlich beachtenswert, dagegen bietet die Art, in der er ausgetragen wurde, einen schätzenswerten Beitrag zur Charakterisierung der kapitalistischen Moral. Es handelt sich um folgendes: Die elf süddeutschen Zuckerrübenfabriken hatten durch Beschluß den Rübenpreis für das Jahr 1913 auf 2,20 Mark für einen Doppelzentner festgesetzt. Gegen diesen Beschluß wehrten sich die rübenbauenden Landwirte in Württemberg, Baden, Rheinhessen usw. Sie beriefen eine Versammlung ein und beschloßen, für 2,20 Mark einfach keine Rüben zu pflanzen und unter 2,40 Mark mit keiner Fabrik abzuschließen. Bei diesem Beschluß hatten sie nicht nur das formelle Recht für sich, sondern auch die Günstigkeit der Umstände. Die Landwirte konnten zur Not ein Jahr ohne Rübenbau auskommen, die Fabriken dagegen nicht ohne Rübenlieferungen. Es kam dann auch ein Vergleich zustande, der den Bauern entgegenkam.

Doch mit dem Anlaß und dem Ausgang des Konfliktes wollen wir uns hier nicht näher beschäftigen. Wichtiger ist, wie schon angedeutet, der Verlauf. Da muß zunächst festgehalten werden, daß die Bauern sich die Erfahrungen der wirtschaftlichen Kämpfe auf dem Arbeitsmarkt durchaus zunutze machten. Sie riefen nicht nur Protestversammlungen ein, in denen Beschlüsse und Resolutionen gefaßt wurden, sondern sie proklamierten auch sofort einen allgemeinen Boykott der Fabriken. Die „Süddeutsche Tageszeitung“ veröffentlichte einen Aufruf der von den Bauern eingesehten Boykottkommission, der mit starken Ausdrücken durchaus nicht spart. Es heißt darin: „Es gilt einen Kampf ums Recht! Bauern zeigt, daß ihr zusammengehört, zeigt, daß ihr eure Preise nicht von den Fabriken diktieren laßt! Nichts würdiger wäre der Bauer, der seine Berufsgenossen im Stich läßt. Der Kampf wird auf der ganzen Linie aufgenommen werden, und zwar mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.“ Es hatte auch gewiß nicht den Zweck, Namen für eine Ehrenliste zu sammeln, wenn es im Aufrufe heißt: „Die Namen derjenigen Landwirte, die ihre Verpflichtungen uns gegenüber nicht erfüllen, werden wir bekanntgeben.“

Während so die Rübenbauern bei dem Versuche, ihre Forderungen durchzusetzen, die Gewerkschaften kopierten, halten die organisierten Zuckerrübenfabriken ihre Waffen gegen die Bauern aus demselben Arsenal, das sie sich zur Bekämpfung der Arbeiter geschaffen haben. Vor allem versuchten sie, nach dem alten Grundsatz: teile und herrsche! die Bauern aus- und durcheinander zu bringen. Zu diesem Zwecke richteten die Fabrikanten ihre Hauptangriffe zunächst gegen die Organisation der Bauern. Die Art, wie das geschah, ist so bezeichnend, daß wir hier etwas näher darauf eingehen wollen. Selbstverständlich nicht, um zu dem inzwischen begrabenen Streit etwas zu sagen, sondern um auf die merkwürdige — oder auch nicht merkwürdige — Uebereinstimmung hinzuweisen, die zwischen der Bekämpfung der Bauernorganisation und dem Kampf gegen die Gewerkschaften besteht. Wir gehen zu diesem Zweck ein Flugblatt durch, das die Zuckerrübenfabrik Frankenthal im Februar gegen die Bauern herausgegeben hat.

Die Uebereinstimmung beginnt in diesem Flugblatt schon in der Einleitung. Es heißt da nach einer kurzen Konstatierung der Differenzen: „Die ganze Bewegung wird, wie uns scheint, von außerhalb unsrer rübenbauenden Landwirtschaft stehender Seite künstlich in sie hineingetragen.“ Das ist in etwas verwaschenem Deutsch eine Abweblung des alten Vorwurfs gegen die Gewerkschaften, daß „außenstehende Hezer“ die zufriedenen Arbeiter ausgepeitscht haben. Ein wenig später ist zur Bekräftigung noch die Rede von „der sich täglich agitatorischen Tendenz“.

Weiter heißt es mit der auch uns gegenüber zuweilen beliebten Miene des biedereren Zuschers: „Wir beanstanden dabei nicht, daß die Rübenpflanzern Organisationen gründen wollen zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen.“ Dieser hochherzigen Zusicherung folgt allerdings bald der Pferdefuß mit der Ankündigung: „... ganz entschieden müssen wir dagegen Stellung nehmen, daß dabei zu geradezu verwerflichen Mitteln gegriffen wird.“ Auch ist von „verheißenden Auslassungen“ der Bauern die Rede. Das klingt also just so, als wenn wir vermobelt werden sollten. Und es handelt sich doch um stramm staatserkhaltende Bauern. Dann folgt eine Tabelle, die den Nachweis erbringen soll, daß die Rübenpreise erstens fortwährend gestiegen und zweitens „mehr als ausreichend“ sind. Also dieselbe Methode wie bei den Lohnlistenauszügen bei Lohnendifferenzen mit den Arbeitern. Am Schluß der Zahlenreihen heißt es dann nach berückichtigtem Muster: „Angesichts der vorstehend dargelegten Ziffern dürfen wir es geradezu frivol (frivol ist im Original gesperrt. D. R.) nennen...“ usw. Aber gewiß doch! Jeder Angriff auf den Profit ist selbstverständlich frivol. Es ist deshalb auch ganz konsequent — allerdings aber auch nach der Schablone gearbeitet —, wenn das Flugblatt dann weiter ausführt, der gebotene Rübenpreis von 2,20 sei eigentlich zu hoch, und ein Preis von 1,80 bis 1,90 Mark sei den Verhältnissen angemessen. Ebenso bekannt muß uns die Drohung an „für diejenigen Rübenpflanzern, die bis zu einem gewissen Termin noch nicht abgeschloßen haben, den Preis noch

zu ermäßigen“. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text...!

Die Gleichartigkeit der Argumente geht noch weiter. Wie oft wird den Arbeitern bei Lohnforderungen nicht versichert, der Unternehmer verdiene eigentlich nichts, er täte besser, seinen Betrieb einzustellen, aber, die Rücksicht auf die Arbeiter hält ihn davon ab. In dem Flugblatt der Frankenthaler Fabrik fehlt auch dieses Argument nicht. Es wird darin versichert, daß die Gesellschaft ihre beiden Rohzuckerrübenfabriken vor allem deshalb erworben habe, weil „wir den Zuckerrübenbau in unsrer Gegend... nicht ganz verschwinden lassen wollten, gerade weil wir an die Vorteile dachten, die speziell der Zuckerrübenbau... einem großen Teil unsrer landwirtschaftlichen Bevölkerung bietet“. Diesem Hinweis auf die seitherige Paschut folgt dann wieder eine ganz kleine Drohung. Wenn nämlich die Bauern etwa stürrig sind, dann wollen die Fabriken ihre Zuckerrüben zum Preise von 1,80 Mark aus Holland holen. Da ist also der nationale Eifer und die Sorge um das Wohl der landwirtschaftlichen Bevölkerung schon wieder verschwunden.

Im nächsten Absatz lehnt die Firma es ab, mit der Organisation der Rübenbauern über den Rübenpreis zu verhandeln. Sie sieht „wirklich nicht genügende Veranlassung gegeben, die eine solche Maßnahme einigermaßen berechtigen könnte“. Nachdem so in der Ablehnung von Verhandlungen mit der Organisation die Serie der Einwände aufgebraucht ist, heißt es am Schluß des Flugblattes:

„Uns liegt vornehmlich daran, die interessierten Kreise über den Sachverhalt aufzuklären und das gute Einvernehmen, in dem wir zu unsrer Rübenpflanzern seither gestanden haben, auch fernerhin zu erhalten, sowie durch rein sachliche Feststellungen einer maßlosen und unverantwortlichen Agitation entgegenzutreten, die nach unsrer Ueberzeugung nur geeignet ist, das Interesse derer zu schädigen, denen zu dienen sie vorgibt.“

Ganz wie im Kampfe gegen uns. Man setze statt Rübenpflanzern Arbeiter und der Satz kann in jedem „Informations“-Artikel der Scharfmacherpresse, in jedem Streifflugblatt der Unternehmer, in jedem Anschlag eines bestreikten Unternehmens Platz finden.

Mit diesen vergleichenden Feststellungen wollen wir, wie schon bemerkt, uns in keiner Weise in den Streit zwischen den Zuckerrübenfabriken und den Bauern mischen. Es lag uns nur daran, festzustellen, daß die Unternehmer jede Organisation, die ihnen ernstlich gegenübertritt, nach ihrem alten Schema bekämpfen: Sie verdächtigen, schimpfen und drohen. Dieselben Argumente, die die Kapitalisten gegen die „vaterlandsfeindlichen Sozialdemokraten“ vorbringen, marschieren reslos und unterschiedslos auch gegen die Organisation der frommen und auch sonst zuverlässigen Bauern auf. Das könnte für harmlose Gemüter, die hinter dem Kampf der Unternehmer gegen die Organisationen der Arbeiter noch etwas anderes vermuten als die Angst um den Profit, ein Stück Anschauungsunterricht werden. Für uns ist es nur eine neue Bestätigung der bekannten Tatsache, daß die Kapitalisten sich nur deshalb als Ketter von Thron, Altar, Vaterland und ähnlichen Dingen aufspielen, weil sie unter dieser Maske ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen um so nachdrücklicher fördern können. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist das Flugblatt der Zuckerrübenfabriken ein Dokument von bleibendem Wert.

Der Generalfreist der Chartistenbewegung in England.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat die englische Arbeiterbewegung eine außerordentlich interessante Entwicklung durchgemacht, die ein riesiges Anwachsen der Anhängerzahl und auch eine Kräftigung in der Arbeiterbewegung zeigt, wie sie in der Art bisher nicht wiederkehrt ist in der englischen Arbeiterbewegung. Es ist ein interessantes Geschichtskapitel, das uns eine Zeit vorführt, in der die Arbeiterbewegung im nervösen Laufen und unreifen Pläneschmieden syndikalistischer anarchistischer Gruppen hin und her getrieben wurde bis zum vollkommenen Zusammenbruch.

Genosse W. Beer, der lange Zeit in England lebt, hat sich der sehr verdienstvollen Aufgabe unterzogen, in seinem Werk „Geschichte des Sozialismus in England“ eine eingehende, mit viel wichtigem Material ausgestattete Schilderung dieser so wichtigen Epoche der Arbeiterbewegung in England zu geben, wie es bisher wohl für deutsche Leser nicht geboten wurde.

Die Chartistenbewegung hat ihre Bezeichnung nach einem Programm „Charter“, das in kurz zusammengefaßter Form die politischen Forderungen der Arbeiterklasse, insbesondere Gleichberechtigung in der parlamentarischen Vertretung forderte. Das englische Parlament bestand sich bis 1832 fast ausschließlich in den Händen der Großgrundbesitzer, die diese Macht durch Einführung der Korruption die Arbeiter unangenehm fühlen ließen und zur Bänderung der trüben sozialen Verhältnisse, in welchen sich die englischen Arbeiter befanden, nichts unternahmten. An der Aenderung dieses Zustandes waren nicht nur die Arbeiter, sondern auch die eng-

* Verlag J. S. W. Diez Nachf., Stuttgart. Preis 6,50 Mk. Das Werk sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

lische Bourgeoisie interessiert. Im Jahre 1832 gelang es, das Wahlrecht zu erweitern, die Bourgeoisie erhielt ihre Vertretung, während die Arbeiter die bittere Enttäuschung erleben mußten, daß ihre Forderung auch in dem neuen Parlament schroff abgelehnt wurde.

Bei dem Versagen des politischen Erfolges für die Arbeiterklasse bei den Wahlen trat nun eine tiefe Erbitterung und Enttäuschung ein, in der die Stimmung gegen die politische Aktion viel Anhang gewann und schließlich auch als Kampfmittel für die Arbeiterklasse der Generalfreist eine große Rolle spielte. Es ist hier nicht möglich, ausführlich das interessante den Leser bei der Lektüre geradezu fesselnde Kapitel... der Schrift des Genossen Beer hier wiederzugeben, nur einige wichtige Vorgänge heben wir heraus. Wir werden in die Ideen, die den Schuhmacher Beer zu bewegen, schon im Jahre 1831 die allgemeine Arbeitseinstellung zu propagieren, am besten eingeführt durch folgende Argumente:

„Das schlimmste Produkt der Unwissenheit besteht in der Annahme, daß andre Leute das für uns tun würden, was wir selber für uns tun müßten. Es ist reiner Wahnsinn, wenn Arbeiter von ihren Herren verlangen, die Rolle der Befreier zu übernehmen.“

Die Arbeiter müssen sich selber befreien. Und wenn die Arbeiter diese begreifen, so werden sie kämpfen. Von Wat Tyler bis Thistlewood gingen die Blutzengen aus dem Volke hervor.

Wie aber kann das Volk zu diesem Wissen und zu einheitlicher Aktion gelangen?

Durch die Proklamierung eines Ruhemonats; durch die Niederlegung der Arbeit. Man sagt uns, wir leiden an Ueberproduktion. Gut. Hören wir auf zu produzieren. Die Herzen werden sodann bald erfahren, daß Fülle von Gütern kein Uebel ist. Man sagt uns, wir leiden an Ueberbevölkerung. Gut. Zählen wir uns; erfahren wir, wie stark die Arbeiterarmee und wie gering die bevorrechtete Minderheit ist. Schon der Akt der Arbeitsniederlegung durch die Massen wird lehren das Bewußtsein ihrer Macht, die Größe der einheitlichen Aktion zeigen. Der Ruhemonat muß, um für die Arbeiter nützlich zu sein, zu einem Kongreßmonat der Arbeiter werden; ein Volksmonat zum Zwecke der sozialen Bilanz-aufstellung; ein Nationalkongreß, um die Despotie in die Flucht zu schlagen.

Ehe der Feiertag ausgerufen wird, müssen Vorbereitungen hierzu getroffen werden. Jede Ortschaft wählt ein Komitee, das die Agitation leitet und die Massen über Zweck und Bedeutung des Feiertags und des Kongresses aufklärt.

Jede Arbeiterfamilie soll sich mit Lebensmitteln auf eine Woche versehen, auf länger ist nicht nötig. Ist die Arbeiterklasse nur eine einzige Woche einig und zielbewußt, so wird sich dann schon alles finden.“

Neben den Befürwortern des Streiks, der schließlich letzten Ergebnis zur Anwendung von Gewaltmitteln führen sollte, gab es auch Anhänger einer sanfteren Form. So erklärte 1833 ein Galz-gower Arbeitermeeting:

„Nicht eine Insurrektion wird es sein, sondern ein passiver Widerstand; die Arbeiter werden ihre Mühe genießen. Es gibt kein Gesetz und es kann keines geben, das sie zwingen könnte, gegen ihren Willen in die Fabriken zu gehen. Sie können Spaziergänge machen, auf der Straße oder in den Feldern; sie werden sich nicht in gedrängten Massen den Hintern und Säbeln als Opfer darbieten, und zur Verlesung der Ausrufkrake wird es nicht kommen. Passivität wird genügen; eine arbeitslose Woche oder ein arbeitsloser Monat wird eine gute Lehre sein: die Wechsel werden nicht honoriert werden, das Geschäftsleben wird stocken, die Londoner Gazette wird lange Listen von Bankrotten bringen, die Staatseinnahmen werden ausbleiben, die ganze Regierungsmaschine wird in Konfusion geraten und Glibed um Glibed der Rette, die die Gesellschaft zusammenhält, wird sich auflösen durch das passive Verhalten der Armen gegen die Reichen.“

Indes, es blieb zunächst bei Erörterungen in Versammlungen, in denen auch, besonders in London, wo die Gewerkschaften bereits auf einer gewissen Höhe angelangt waren, viel Widerspruch gegen die Taktik geltend gemacht wurde. Es kam zu kleinen Geplänkeln, die kraftlos verliefen, und mit einer außerordentlichen Härte wurden die Arrangements des Streiks bestrast.

Mehr Bedeutung erlangte die Frage des allgemeinen Streiks, als die Chartistenbewegung auf der Höhe ihrer Entwicklung angelangt war, ohne doch zur Erlangung des gesteckten Ziels zu kommen.

Die Streitigkeiten über die Taktik in der Arbeiterbewegung schildert Beer wie folgt:

„In der Frage des Endziels gab es drei Richtungen: eine war — wenigstens bis zum Jahre 1845, bis zum Zusammenbruch der letzten iewenitischen Kolonie — kommunistisch und parlamentarisch; sie strebte nach der politischen Macht, um Großbritannien in eine bestimmte Zahl von kommunistischen Kolonien zu verwandeln, wobei vor allem die Bergesellschaftung des Grund und Bodens in Betracht kam. Diese Richtung herrschte bei den Proletariatsmassen Nordenglands vor. Die zweite war zwar in ihren sozialkritischen Voraussetzungen iewenitisch, aber sie strebte nach der politischen Macht, um mit ihrer Hilfe freie Bahn zu schaffen für Sozialpolitik, Gewerkschaftswesen, politische Organisation, Bildung und Aufklärung der Arbeitermassen, um diese zu befähigen, das Land im sozialistischen Sinne umzuwälzen. Um diese Gedanken scharte sich die Arbeiterintelligenz Londons und Schottlands, die höchstwah-

scheinlich nicht mehr als zehn Prozent des britischen Proletariats bildete. Die dritte Richtung war eine gewerkschaftliche, die die naturrechtliche Theorie verfocht, daß dem Arbeiter der volle Ertrag seines Schaffens gebührt, und in der Praxis die Forderung stellte: einen anständigen Lohn für einen anständigen Arbeitstag. Zu einer klaren Scheidung dieser Richtungen ist es nie gekommen. Ausgenommen in den Jahren 1833 und 1834, in denen die ökonomische Aktion im syndikalistischen Sinne mit aller Schärfe hervortrat, waren die organisierten Arbeiter und die Chartisten der Ansicht, daß die Grundbedingungen zur Befreiung aus der Lohnflaverei in der Eroberung der politischen Macht liegt und daß deshalb alle Energien auf dieses Mittel zu konzentrieren sind. Der parlamentarisch-demokratische Gedanke beherrschte die Bewegung so vollständig, daß er ihr den Namen gab. Die Bewegung erhielt den Namen Chartismus von ihrem demokratischen Programm: dem Volkscharte, der in den Jahren 1837-1838 vom Londoner Arbeiterverein angeregt und vom Tischler William Lovett verfaßt wurde. Der Volkscharte war nichts weiter als ein trockener, klar geschriebener Gelehrtenart, der folgende sechs Punkte in Form von Abschnitten und Paragraphen enthielt: 1. allgemeines Wahlrecht, 2. gleiche Wahlkreiseinteilung, 3. Abschaffung des Zensus für Parlamentskandidaten, 4. einjährige Legislaturperioden, 5. geheime Abstimmung, 6. Diäten für Parlamentsmitglieder."

Im Jahre 1839 wurde eine Petition für diese Volksrechte in Umlauf gesetzt, die im ganzen Lande eine große Zahl von Unterschriften erlangte. Gleichzeitig trat in London ein Volksparlament, an dem Delegierte aus den Hauptstädten der Bewegung teilnahmen, zusammen, in dem die Frage der Taktik aufs heftigste diskutiert wurde. Den besonnenen Einwänden, daß die Organisation der wichtigsten Faktor der Bewegung sein muß, setzte die Wochenchrift „London Demokrat“ folgende anarchische Phrasen entgegen:

„Organisation wirds nicht tun. Nicht die organisierten Massen werden den Sieg bringen. Nein, Nein! Der Sieg hängt ab von den Taten jener freudlosen Wesen, die kein Heim haben, sich vor Umwetter zu schützen, keine Nahrung, um sich satt zu essen, keine Kleidung, um sich warm zu halten oder anständig auszusehen, kein Mittel, um dem Leben einen Wert zu verleihen. Der Kampf wird ausgefochten werden von denjenigen, die von den Gelehrten ausgestoßen wurden, die Schlacht wird ausgefochten werden durch Briganten, wie man diese Menschen nennt.“

Das Volksparlament vertagte sich, um nach Birmingham zu gehen und hier, angeführt von O'Connor, dem Führer der Bewegung, alle Einwände gegen den Generalstreik in den Wind zu schlagen. Der Konflikt war unvermeidlich, die Arbeiterchaft von Birmingham ging auf die Straße, die aber vom Militär behauptet wurde. Der militärische Gewaltthaber Napier, der im Geruch stand, mit den Chartisten zu sympathisieren, schrieb im Hinblick auf die Beschlüsse des Volksparlamentes:

„Die Chartisten sagen, sie werden den heiligen Monat halten. Grenzenlose Dummheit! Nichts werden sie halten. Die Arbeiter haben keine Mittel, um in die Ferien zu gehen. Sie werden plündern und zu Hunderten gehängt werden. Die Chartisten werden sich über diese Frage spalten, oder wenn sie das Festern dennoch versuchen, sind sie verloren. . . Sie reden von physischer Gewalt. Narren! Wir haben die physische Gewalt, nicht sie. Sie erzählen, sie haben 100 000 bewaffnete Männer. Aber wie sollten sie diese in Bewegung setzen, wenn ich zwischen ihren Abteilungen mit der Kavallerie herumtanze und sie mit Kanonengeschossen überhäufte? Was können die 100 000 Mann mit ihren Rifen und alten Flinten ausrichten gegen meine Granaten, die heulend, sengend und zerreißend wie feurige Bluthunde unter ihnen wüten werden?“

Der Abschluß der Bewegung artete in eine wilde Revolte aus, die blutig unterdrückt wurde und zahlreiche Teilnehmer auf Jahre ins Gefängnis brachte.

Dennoch, der Generalstreik wurde in London, wohin das Volksparlament wieder überfiedelte, weiter diskutiert.

Die Delegierten Keegan, Stevington und Dr. Fletcher versicherten, daß Bury, Loughborough, Gloucester, Worcester und Somerset den Generalstreik wünschten. James Taylor (Kochdale) opponierte:

„Angehts der überragenden Wichtigkeit des zur Diskussion stehenden Gegenstandes frage ich: Was ist die Bedeutung der allgemeinen Ferien? Sollen wir alle Arbeiten einstellen? Wenn ja, haben wir Brot für einen ganzen Monat gebadet? Ist das Getreide für einen ganzen Monat gemahlen? Ich bestritte das. Die Arbeiter von Kochdale sagen mir, es gibt keine Nahrungsmittel für zwei Wochen in Süd-Lancashire. Die Maßregel, über die wir debattieren, ist von so weittragender Bedeutung, daß ein Mißerfolg unsere ganze Bewegung isten würde. Das Volk würde uns als Narren und Hühnerhände betrachten. Wir müssen aber nicht nur die Ausführbarkeit dieser Maßregel in Erwägung ziehen, sondern auch die Folgen. Man sagt uns, der Generalstreik bedeute eine unblutige Revolution. Diejenigen, die uns das sagen, wissen besser: sie wissen, daß er zu Blutvergießen und Plündern führen muß. Aus meinen Ausführungen darf indes nicht geschlossen werden, daß ich absolut gegen den Generalstreik wäre. Ich möchte nur im vorhinnten wissen, ob der Schritt wohlüberlegt sei und was wir gewinnen, wenn er erfolgreich ist, und was wir verlieren können, wenn er mißlingt. Dagegen ist der Ansicht bin, daß ein Generalstreik unerschießbar und tödlich ist, so bin ich gerne bereit, mich durch Gründe von Gegnern überzeugen zu lassen.“

Kurz, der zu der von Dr. Taylor vorbereiteten Beredsamung gehörte, rief:

„Es hat keinen Zweck, jetzt Halt zu machen. Das wir auch wann immer wir mögen, wir setzen uns Gefahren aus. Der Zweck des Generalstreiks ist, den herrschenden Klassen zu Gemüte zu führen, daß, wenn wir die Arbeit niederlegen, die Regierung auch das Staatsbudget niederlegen muß und allen Profitmachern die Profitquelle verknüpft wird.“

Diesem antwortete William Carpenter:

„Je mehr ich von der Bedeutung des Generalstreiks überzeugt werde, desto größer wird meine Verlegenheit. Meine Kritik steht nicht ganz der Gefahr aus, falsch zu sein oder gar feige, wenn nicht noch schärfer genannt zu werden, aber ich glaube, es gehört jetzt nicht dazu, gegen den Generalstreik zu sprechen, als ihn zu unterstützen. Es ist besser, sich Beredsamungen anzuhören, als sich Klatschreden von der Zustimmung abzuhören.“

Die schärfere Tonart fand in den Massen sehr viel Anklang, und so fanden am 12. August große Umzüge und Versammlungen statt, die in einigen Ortschaften mit Tumulten endeten. Das schärfere Zugreifen der Justiz und Behörde ließ indes eine weitere Kraftentfaltung nicht aufkommen. Das Volksparlament löste sich schließlich selbst auf. (Schluß folgt.)

Massen und Führer im Gewerkschaftsleben.

In Anknüpfung an einen Vortrag, den Genosse R. Wolbt im Leipziger Gewerkschaftsclub über „Industrieentwicklung und Gewerkschaftspraxis“ gehalten hat, wobei auch das Thema „Massen und Führer im Gewerkschaftsleben“ erörtert wurde, schreibt der Referent nachträglich über diesen Teil des Themas:

Der leitende Gesichtspunkt meines Vortrages war, mich polemisch gegen diejenigen Kritiker der Gewerkschaftsbewegung zu wenden, die mit unzulänglichen Kenntnissen der Gewerkschaftsarbeit ausgerechnet sind. Wenn man behauptet, daß in der Gewerkschaftsbewegung die Masse immer mehr wichtige Entscheidungsrechte verliert, daß das Recht der Demokratie nicht gewahrt wird, daß im Interesse der Bewegung die Masse über den „bremsenden“ Führer hinwegschreiten müsse, dann ist der Beweis für solche Behauptungen zu erbringen. In den Tatsachen der wirklichen Gewerkschaftspraxis hat man das dann darzustellen. Deshalb sollten meine Ausführungen im Gewerkschaftsclub den Versuch machen, zu zeigen, wie fruchtbar und lehrreich eine Auseinandersetzung mit dem „Massen- und Führerproblem“ werden kann, wenn wir die Wesenheit der modernen Gewerkschaftsarbeit zu analysieren versuchen, wenn wir einmal in ruhiger Stunde uns zurückerinnern, wie die Gewerkschaftsarbeit sich historisch entwickelt hat aus den Kampfnotwendigkeiten mit den Gegnern, mit den Unternehmern.

Einfach lag das Verhältnis in der Zwergform des Gewerkschaftslampjes, beim Krieg einer lokal abgegrenzten Arbeiterschaft mit einer ebenso isolierten Unternehmergruppe. Was sind die Zeiten des gewerkschaftlichen Guerillakrieges gewesen. Die Auseinandersetzung beschränkte sich nur auf ein enges Gebiet, das Feld war leicht übersehbar, Opfer und Erfolge des Kampfes wurden von der Arbeitergruppe, die loszuschlag, selbst getragen und errungen.

Diese Kampfsmöglichkeit gehört heute der Vergangenheit an. Unauskählbar hat sich eine Konzentration und damit eine Zentralisation der Kräfte vollzogen. Zunächst im Unternehmertum. Wir haben es notwendig, uns sehr eingehend mit der raschen Entwicklung der Unternehmervverbände und mit den Fortschritten ihrer inneren Organisation vertraut zu machen. Mit dieser Konzentration haben wir in der Gewerkschaft Schritt halten müssen, das Zentralisationsprinzip ist uns aufzueingewöhnen worden.

Deshalb steht heute bei einer jeden wichtigen Auseinandersetzung sofort die Machtfrage zwischen ihnen und drüben, zwischen den vereinigten Gewerkschaften und der vereinigten Unternehmertum, zur Entscheidung. Immer mehr steht heute also auf dem Spiel; und wie sich bei jedem Uebergang vom ungeordneten Einzelkampf zum organisierten Massenkampf eine Kriegskunst und Kriegswissenschaft herausbilden, so haben wir auch im Wirtschaftskampf eine Gewerkschaftsstrategie erhalten.

Ebenso haben die Gewerkschaften nicht verhindern können, daß mehr und mehr die wichtigsten Entscheidungen aus dem Tageslicht der Öffentlichkeit in das stille Beratungszimmer gelegt wurden. Auch der Unternehmertum hat sich gewandelt. Der Serrenentum vom Schläge des alten Knapp, der nicht mit den Arbeitern verhandeln will, verschwindet doch mehr und mehr, der moderne Typ ist der „Herr Generaldirektor“, für den die Frage der Verhandlungsfähigkeit und -notwendigkeit nicht mehr eine persönliche Herzensangelegenheit, sondern ein Geschäftsfaktum ist. Wenn auch in äußerlich konstanten Umgangsformen, so stehen sich doch beide Unterhändler als Feinde gegenüber; mit nüchternem Willkürsinn und kluger Ueberlegung sind die Chancen im eigenen und gegnerischen Lager zu erkennen und in Rechnung zu stellen. Gewerkschaftsstatistik ist im letzten Grunde weiter nichts als die Kunst, mit den Mitteln des legalen Gewerkschaftslampjes im günstigsten Moment den Gegner am empfindlichsten zu schädigen.

Und da sind es vor allen Dingen drei Punkte, die bei dem Verhandeln mit den Unternehmern eine Rolle spielen:

1. Es ist der günstigste Zeitpunkt für das Losschlagen einer Bewegung auszuspielen;
2. Eine genaue Kenntnis der Stärke im eigenen und gegnerischen Lager ist notwendig;
3. Es ist Klarheit darüber zu schaffen, ob alle Vorbedingungen vorhanden sind, den Betrieb an der „empfindlichsten Stelle“ zu treffen und lahmzulegen.

Wenn wir unter diesen Gesichtspunkten die Hauptbedingungen einer erfolgreichen Gewerkschaftsstrategie charakterisieren, so zeigt es sich, daß im Unternehmertum diese Probleme leichter und gründlicher gelöst werden konnten wie in der Gewerkschaft.

Zunächst das Erkennen des günstigsten Zeitpunktes für das Losschlagen einer Bewegung. Die Wirtschaftslage ist zu übersehen. Dafür hat das Unternehmertum eine wunderbare Fachpresse. Hier werden die Wirtschaftspraxis eingehend erörtert und über die Wirtschaftslage wird sorgfältig registriert. Ferner arbeiten im Unternehmertum meist wissenschaftlich geschulte Geschäftsführer, Schabjagi. Auch das ist eine neue Erscheinung: mit dem Recht der „Barren im eigenen Hause“ steht es für den Einzelunternehmer dem Unternehmertum gegenüber jetzt herlich schicklich. Im Archiv des Unternehmertums läuft das Orientierungsmaterial ein und von hier aus geht der stärkste Einfluß zur Entscheidung wichtiger Aktionen den Gewerkschaften gegenüber.

Und wie nun im Unternehmertum sucht man sich gegenseitig genau über die Wirtschaftslage zu informieren, sondern auch im Gewerkschaftsleben, im Einzelunternehmertum selbst, werden in den Archiven über Geschäftsergebnisse, Wirtschaftslage usw. genaue Situationsberichte ausgearbeitet.

Für die Gewerkschaften bestehen nun große Schwierigkeiten, in gleichem Umfange und in gleicher Vollkommenheit derartige Orientierungsmittel anzugeben. Interessant ist es, die Bestrebungen der Hauptverbände nach Schaffung von Beobachtungszentralen zu verfolgen. In einem hübschen Beispiel hat Genosse Krägis vom Zentralarbeiterverband die Notwendigkeit einer solchen Beobachtungsstelle in der „Neuen Zeit“ dargelegt. Stehen den Unternehmern dafür reiche finanzielle Mittel und die wichtigsten Beamten zur Verfügung, so hat die Gewerkschaft auf ihren Generalversammlungen um die Notwendigkeit solcher Institute erst zu kämpfen. Die finanziellen Mittel dafür können nur beiseite sein und die Personalfragen sind dabei schwer genug zu lösen.

Der zweite Punkt, über den Klarheit vorhanden sein muß, ist die Kenntnis der Stärkeverhältnisse haben und drüben. Der Leiter der Unternehmertumorganisation muß die Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung verfolgen, der Gewerkschaftsführer muß genau darüber unterrichtet sein, was im Unternehmertum vorgeht. Weit mehr als im Unternehmertum vollständig ist das Organisationsleben der Gewerkschaft in der Öffentlichkeit. Der Unternehmertumverband ist eine Vertretung kapitalistischer Interessen. Die ganze Energie der Ziele dieser Organisation läßt es zu, daß ihre Pläne und wichtigsten Maßnahmen unter Ausschluß der Öffentlichkeit beraten werden können.

Anders die Gewerkschaft. Sie ist eine Organisation von Menschen, die zur Vertretung gemeinsamer Interessen zusammengeschlossen werden müssen. Nur durch die Mitarbeit der Masse am Gewerkschaftsleben kann die Organisation ihre Macht entfalten. Gewerkschaftsarbeit heißt Erziehungsarbeit, und die muß zum großen Teil öffentlich im Verbandsorganisationsleben und in der Zeitung geleistet werden. Es ist also leichter, sich über das Organisationsleben der Gewerkschaft zu orientieren, als über die Strukturen und Unternehmungen im Unternehmertum.

Der dritte Punkt ist mehr eine betriebsorganisatorische Frage, wie der Betrieb lahmgelegt ist. Zwischen dem Betriebsingenieur und dem Gewerkschaftsmann wird ein Kampf geführt. Der Betriebsingenieur organisiert als Arbeitsorganisator den Arbeitsprozeß logisch und arbeitsorganisatorisch so durchzuführen, daß nicht nur billig, sondern auch betriebsförmig produziert werden kann. Auf allen Zweigen der industriellen Technik läßt sich das Bestreben erkennen: Der Betrieb soll möglichst

werden gegen die „Streitfahr“. Der Gewerkschaftsmann steht also vor der industriellen Festung, die ihre Wälle und Verschanzungen hat. Er muß die Struktur des Betriebes genau studieren, muß die Eigenheiten des Produktionsprozesses beherrschen, um die Möglichkeit zu finden, durch das Herausgreifen der Arbeitergruppe, die als zuverlässige Kämpferschar hinter der Organisation steht und vom Unternehmer nicht ohne weiteres ausgewechselt werden kann, den Betrieb lahmzulegen. Der Ingenieur, der den Produktionsprozeß immer wieder neu aufbaut, verändert, umformt, hat also den Gewerkschaftsmann zum Gegner, der mit technischem und betriebsorganisatorisch geschultem Blick den Veränderungen der Produktionsformen nachzuspüren hat.

Für den modernen Gewerkschaftslampje ist also heute ein Maß von Wissen und Kenntnissen notwendig, wie es früher nicht gebraucht wurde. Die Gewerkschaften befinden sich in ihrem inneren Organisationsleben auch heute noch in der Entwicklung; die Bedingungen des Gewerkschaftslampjes haben sich geändert, sind schwieriger geworden, und damit entstehen neue Bildungsaufgaben.

Für den Gewerkschaftsführer besteht heute die unangenehme Tatsache, daß wir in unsern Gewerkschaftsbüros mit einem höchst unzulänglichen Kräfteverhältnis arbeiten.

Die Genossin Rosa Luxemburg hat einmal früher über den geistigen Mangel der heutigen Gewerkschaftsführer ein sehr hartes Urteil ausgesprochen. In der Sache selbst stimme ich diesem Urteil zu, wenn ich das auch nicht mit einem so scharfen Wort bezeichnen möchte. Aber wenn man diese Tatsache konstatiert, muß man auch die Ursache davon erkennen.

Wir leben auch in der Gewerkschaft aus der Hand in den Mund. Wenn in einer Verbände-Generalversammlung die Anstellung eines neuen Beamten endlich beschlossene wird, dann sind die Arbeitsaufgaben für diese Kraft meist derartig angewachsen, daß der neue Mann vollständig aufgebraucht wird durch die Anforderungen des Tages. Es ist notwendig, daß man auch den Massen gegenüber auftritt und mit der Wahrheit nicht zurückhält; den Mitgliedern ist klar zu machen, daß bei solchen Beschlüssen mit dem gefühlsmäßigen Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsbeamten nichts erreicht ist. Wenn man auf Weisen etwas herumkommt, ist man oft entsetzt über die Tatsache, mit wie wenig rationellem Geist die Verwaltungsarbeit in unsern Gewerkschaften oft geleitet wird. Welche Kämpfe werden in manchen Ortsverbänden um die Anschaffung einer Schreibmaschine geführt, und wenn ein vielbeschäftigter Bevollmächtigter seine umfangreiche Korrespondenz nicht mehr mit der Hand schreiben, sondern einem Schreibmaschinen-Fräulein diktieren möchte, wird das oft genug geradezu als ein vertiegener Modernismus bezeichnet.

Im heutigen Gewerkschaftsbüro ist die interne Verwaltungsarbeit immer komplizierter geworden. Der Außenstehende macht sich schwer eine Vorstellung davon, daß die Geschäftsstelle schon einer mittleren Ortsverwaltung einen recht vielgestaltigen Sektors- und Registrierapparat darstellt. Eine solche Zentrale gleicht einem Polyp, der den ganzen Arbeitsbezirk mit seinen Orientierungsmitteln zu umschließen sucht, mit seinen statistischen Aufnahmen der Mitgliederbewegung, der Betriebsverhältnisse, der Lohnbewegungen, der Beitragsleistung und der Ausgaben. Ueberall scheidet sich die Innenarbeit von der Außenarbeit, die interne Verwaltung von der äußeren Agitation und Entscheidung über taktische Maßnahmen. Nicht immer scheiden sich diese Dinge aber auch in der Praxis. Und so ist es notwendig, daß wir auch hier lernen, jeden Menschen an den richtigen Platz zu stellen. Die Quantitätsarbeit ist Hilfskräften zuzuwenden, damit für die Qualitätsaufgaben die Kräfte mehr frei werden. Dem Kollegen aus der Werkstatt muß begreiflich gemacht werden, daß der Gewerkschaftsführer nicht verlinken darf im Kleinram, daß er Zeit zur Weiterbildung bekommen muß, daß er sich orientieren kann auch über Dinge, die über die Anforderungen des nächsten Tages hinausgehen. Die neue Zeit mit ihren neuen Ansprüchen braucht dafür auch entsprechend geschulte Menschen.

Der Vertrauensmann. Er bildet das Bindeglied zwischen dem Gewerkschaftsführer und den Arbeitkollegen in der Werkstatt. Wer die Verfassungsverfahren in der Gewerkschaftsbewegung studieren will, muß sich gerade mit dieser Institution der Vertrauensleute beschäftigen. Alle Gewerkschaften ringen bei der Ausbildung ihrer Delegationsformen mit dem Problem, das Recht der Demokratie zu verwirklichen und die Organisation doch schlagkräftig genug zu machen.

Es lassen sich heute eben nicht alle Dinge durch Urabstimmung im Versammlungsraum zur Entscheidung bringen. In seinem Wort zum Parlamentarismus und Demokratie hat Genosse Kautsky gerade diese Frage erschöpfend behandelt. Die Masse entfaltet ihre Vertreter aus der Werkstatt, um im stillen Beratungszimmer mit der Gewerkschaftsbürokratie die internen Angelegenheiten und Fragen der Taktik zu besprechen. Aus den Werkstätten und aus der Masse gehen hier die Fäden hinüber zur Leitung, sind hier Gegenseitigkeitsbeziehungen geschaffen worden, den Willen der Masse und die Arbeit der Führer möglichst nutzbringend dem Leben der Gesamtorganisation einzugliedern.

Es zeigt sich immer mehr, daß der Vertrauensmännerkörper das Rückgrat der Gewerkschaft ist. Es ist die Oberfläche mit ihrer Überlässigkeit zur Organisation und mit ihrem Einfluß auf die Masse. Und auch hier entstehen wichtige Bildungsaufgaben, durch Information, Vorträge und Vortragskurse die wichtigsten aktuellen Fragen des Gewerkschaftslebens zu behandeln.

Ganz besonders notwendig aber sind diese Bildungsaufgaben bei den Massen. Vielleicht ist hier manches veräußert worden. Das Thema wird ja noch später einmal einen Parteitag zu beschäftigen haben, ob die leitenden Gesichtspunkte unserer Bildungsbestrebungen immer richtig gewesen sind. Meiner Ansicht nach kann man heute von einem Plus an theoretischer Belehrenarbeit und einem Minus in der Schulung wirtschaftlicher d. h. praktischer Vorgänge reden. Und so ist vielleicht manches in unsern Debatten (nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch im Parteileben) zu erklären, daß sich viele von uns nicht mehr zurechtfinden in der heutigen Welt der Wirklichkeiten. Man kann die Beobachtung machen, daß zum Beispiel die Fragen der Industrieentwicklung noch in weiten Kreisen unser Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Neu-ernd ist.

Es sind gerade diese Dinge für das Verständnis der modernen Gewerkschaftsbewegung sehr notwendig.

Meine Ausführungen sollten den Versuch machen, einmal in dieses Gebiet hineinzuleuchten.

R. Wolbt.

Papier-Industrie

Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft im Jahre 1912.

Die Berufsgenossenschaft der Papierfabrikation hat den alten Text ihrer Jahresberichte mit neuen Zahlen als Bericht über das Jahr 1912 herausgegeben. Wir erfahren daraus, daß der Genossenschaft im Jahre 1912 insgesamt 1251 Betriebe mit 94 391 versicherten Personen unterstellt waren gegen 1241 Betriebe mit 90.135 Versicherten im Jahre 1911. Die Zahl der Arbeiter (ein Arbeiter gleich 300 Arbeitsschichten) betrug 95 720, d. h. auf jeden durchschnittlich versicherten Arbeiter entfielen erheblich mehr als 300 Arbeitsschichten. Ein Beweis, daß die Papierarbeiter nur einen Teil ihrer Sonn- und Feiertage für sich haben, einen andern, oft den größeren, aber auf dem „Altar des Profits“ opfern müssen.

Die Summe der umlagepflichtigen Löhne stieg von 84 970 030 Mark auf 92 680 540 Mark, oder für einen Versicherten von 943 auf 982 Mark. Neben diesen allgemeinen Angaben über die Lohnsummen enthält der Bericht noch einige Mitteilungen über die für erwachsene männliche Arbeiter gezahlten Durchschnittslöhne. Und zwar sind diese Angaben nach Sektionen und Industriegruppen gegliedert. Wir geben zunächst eine Tabelle über die Durchschnittslöhne für die ganze Berufsgenossenschaft in den einzelnen Sektionen. Nummer und Bereich der Sektionen gibt die erste Spalte der Tabelle an.

Sektionen	Jahres-Durchschnittslohn für einen erwachsenen männlichen Vollarbeiter		
	1910	1911	1912
Sektion I. Sieg. München. Königreich Bayern (ohne Rheinpfalz)	980	981	1009
Sektion II. Sieg. Stuttgart. Königreich Württemberg und Hohenzollernsche Lande	920	907	989
Sektion III. Sieg. Freiburg. Großherzogtum Baden und Elsass-Lothringen	1069	1121	1145
Sektion IV. Sieg. Mainz. Großherzogtum Hessen, Provinz Hessen-Nassau und Rheinpfalz	956	986	1052
Sektion V. Sieg. Köln. Rheinprovinz und Fürstentum Bielefeld	1080	1128	1181
Sektion VI. Sieg. Hagen. Westfalen, Lippe, Schaumburg-Lippe u. Waldeck	1035	1063	1096
Sektion VII. Sieg. Hannover. Hannover, Oldenburg (ohne Birkenfeld), Schleswig-Holstein, Braunschweig, die Städte Hamburg, Bremen, Lübeck	1012	1058	1103
Sektion VIII. Sieg. Halle a. d. S., Provinz Sachsen, Anhalt, Sachsen-Weimar, S.-Meiningen, S.-Altenburg, S.-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Meuß ältere und jüngere Linie	978	1019	1031
Sektion IX. Sieg. Chemnitz. Königreich Sachsen	922	973	1021
Sektion X. Sieg. Berlin. Pommern, Brandenburg (mit Berlin), Ostpreußen, Westpreußen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz	977	1037	1088
Sektion XI. Sieg. Breslau. Schlesien und Posen	837	839	886
Ganze Berufs-Genossenschaft	961	1003	1048

Gegen das Vorjahr beträgt die Steigerung im Gesamtdurchschnitt 45 Mark oder 4,5 Prozent. Das ist zwar mäßig, aber doch immerhin ein Fortschritt. Erfreulich ist, daß in allen Sektionen eine Steigerung zu verzeichnen ist, unerfreulich, daß die Steigerung in einigen Sektionen sehr unzureichend ist. In der zweiten Sektion, die im Vorjahr einen Rückgang zeigte, beträgt die Steigerung 82 Mark. Das legt die Vermutung nahe, daß die Angabe im Bericht für 1911 auf einem Rechen- oder Druckfehler beruht. Die erste Sektion, die Schlesien und Posen umfaßt, war im Vorjahre nur um ganze 2 Mark vorwärts gekommen; das Jahr 1912 brachte in diesem Bezirk eine Steigerung von 47 Mark, also noch 2 Mark über den Durchschnitt. Unter dem Durchschnitt bleiben die Sektionen I, III, VI und VIII. In der folgenden Tabelle sind die Löhne nicht nach Sektionen, sondern nach Industriegruppen getrennt.

Gruppe	Jahr			1912 mehr gegen 1910
	1910	1911	1912	
Strohstofffabriken	1051	1075	1119	68
Papierfabriken	966	1000	1053	87
Pappfabriken	850	906	932	82
Holzschleifereien	838	848	886	48
Zellulosefabriken	1104	1168	1209	105
Nebenbetriebe	879	959	1015	136
Gesamtdurchschnitt	961	1003	1048	87

Die Steigerung ist am erheblichsten in den Nebenbetrieben und den Zellulosefabriken, am geringsten in den Holzschleifereien. Auf die Ursache enormer Verschiebenheit in der Lohnsteigerung wirft die Tatsache einiges Licht, daß nach der im Vorjahre vom Verbandsausgussenen statistischen Erhebung die Zellulosefabriken den höchsten, die Holzschleifereien dagegen den niedrigsten Prozentsatz organisierter Arbeiter aufwiesen. Es zeigt sich also auch an dieser Zusammenstellung wiederum die alte Tatsache, daß der Lohn um so schneller steigt, je stärker die Organisation.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug 5100 gegen 4689 im Jahre 1911. Auf je 1000 versicherte Personen entfielen 1912 insgesamt 54,03 gemeldete Unfälle gegen 52,02 im Jahre vorher. Dieser Steigerung der gemeldeten steht ein Rückgang der entzündigten Unfälle gegenüber. Im Jahre 1911 wurden 813 oder 9,29 auf je 1000 versicherte Personen erstmalig entzündigt, im Berichtsjahre hingegen 837 oder nur 8,61 pro 1000 Versicherte. Dieser Rückgang der entzündigten Unfälle dürfte seine Ursache in der seit Jahren beliebten Rentendrückerei haben. Viele Unfälle, die früher als solche anerkannt und entschädigt wurden, werden heute zurückgewiesen. Das ist eine bei fast allen Berufs-genossenschaften zu beobachtende Tatsache. Auffällig sind die erheblichen Schwankungen der Unfälle in den Sektionen. Während z. B. die Sektion V (Rheinprovinz und Bielefeld) auf je 1000 Versicherte nur 35,33 Unfälle meldet, zeigt die Sektion X (Pommern, Brandenburg, Ost- und Westpreußen) deren 72,81 an. Zum Teil erklärt sich dieses Mißverhältnis aus dem Vorhandensein der gefährlicheren Zellstofffabriken in der zuletzt genannten Sektion; jedoch dürften auch noch andre Ursachen mitwirken.

Ueber Alter und Geschlecht der Verletzten gibt der Bericht nur wenig Auskunft. Aus einer Tabelle ist ersichtlich, daß von den entzündigten, also schweren, Unfällen 737 auf erwachsene männliche, 41 auf erwachsene weibliche und 35 auf Jugendliche unter 16 Jahren entfallen. Von den Jugendlichen waren 26 männlichen Geschlechts. Die Zahl der Verletzungen jugendlicher Personen ist demnach in den Papierfabriken noch ziemlich häufig. Das nimmt den nicht wunder, der weiß, wie oft halbe und ganze Kinder an Maschinen gestellt werden, zu deren Bedienung ihre körperlichen und geistigen Kräfte nicht ausreichen.

Oben wurde angedeutet, daß der Rückgang der entzündigten Unfälle, im Gegensatz zum Ansteigen der gemeldeten, seine Ursache haben dürfte in der gestiegenen Rücksichtslosigkeit der Berufs-genossenschaft. Für diese Auffassung spricht, neben der seitherigen Erfahrung, noch das bedauerliche Anschwellen der Verletzungen mit Todesfolge. Im Jahre 1911 wurden im ganzen Bereich der Genossenschaft 59 Personen durch Unfälle getötet, 1912 aber 73. Das ist eine Steigerung um fast 25 Prozent. Diese enorme Steigerung derjenigen Unfallsfolge, die nicht abgeleugnet oder umgedeutet werden kann, berechtigt zu dem Schluß, daß der Rückgang der entzündigten Unfälle nicht auf Verminderung schwerer Folgen, sondern auf rücksichtsloser Abweisung Verletzter zurückzuführen ist.

Unter den Ursachen der Unfälle stehen die Arbeitsmaschinen an erster Stelle. An Papier- und Pappmaschinen, einschl. Trockenzylindern, passierten allein 118 entzündigungs-pflichtige Unfälle; an andern Arbeitsmaschinen 172.

An Entzündigungen hat die Berufs-genossenschaft im Jahre 1912 insgesamt 1.341.989 Mark bezahlt. Da die Gesamtzahl der Entzündigten (einschl. der aus allen Vorjahren) 7395 beträgt, stellt sich die durchschnittliche Entzündigung an einen Verletzten auf rund 181 Mark pro Jahr oder noch nicht ganz 50 Pf. für den Tag. Eine drastische Illustration des Kaiserwortes von der gesicherten Existenz des Arbeiters bis ins höchste Alter würde sich voraussichtlich ergeben, wenn die Renten der durch Unfall dauernd völlig arbeitsunfähig Gewordenen einer näheren Untersuchung zugänglich werden. Es klingt gewiß sehr gewichtig und wird auch auf Uneingeweihte und unkritisch veranlagte Menschen Eindruck machen, wenn der Bericht mitteilt, daß die Genossenschaft seit ihrem Bestehen 19.715.000 Mark an Unfallentschädigungen aufgebracht hat. Die Zahl verliert jedoch an Bedeutung, richtiger gesagt, sie gewinnt unter einem ganz andern Gesichtspunkt Bedeutung, wenn man zugleich bedenkt, daß im Bereich der Genossenschaft seit ihrem Bestehen 74.434 Unfälle angemeldet und 16.087 entzündigt wurden.

Bei Beachtung dieser Zahlen schrumpft die pruntern aufgeschpulte kapitalistische Wohlthat zusammen zu einem schäbigen Bettelpfennig. Auf einige bemerkenswerte Unfallschilderungen und auf die Ergebnisse der berufsgenossenschaftlichen Tätigkeit auf dem Gebiete der Unfallverhütung soll in einem zweiten Artikel eingegangen werden.

Unfälle.
Ein schreckliches Unglück hat sich am Dienstag, dem 19. September, in der Güntherschen Papierfabrik in Greiz ereignet. Der achtzehnjährige Arbeiter Horsteb aus Thalbach glitt auf dem schlüpfrigen Fußboden aus und geriet zwischen die Walzen einer im Gang befindlichen Nebemaschine. Dabei wurde ihm der linke Arm vollständig zerquetscht, so daß er im Krankenhaus abgenommen werden mußte. Angeblich ist in der Fabrik des Herrn Günther alles in schönster Ordnung, so daß die Arbeiter nicht nötig haben, sich ihrer Organisation anzuschließen. Wie an diesem Fall ersichtlich, scheint dies aber nicht richtig zu sein, denn wären die nötigen Schutzvorrichtungen vorhanden, hätte das Unglück verhütet werden können. Die Arbeiter aber sollten an diesem Falle lernen, sich endlich aufzuraffen und als Männer ganz energisch ihre Rechte fordern, nämlich genügenden Schutz für Leben und Gesundheit.

Ein tödlicher Betriebsunfall ereignete sich am 12. September in der Filiale der Oberfelder Papierfabrik in Zeltow. Dort geriet der zwanzig Jahre alte Arbeiter Matzowal mit dem Rodzippel in den Treibriemen einer Papiermaschine. Er wurde erfasst und mit dem Kopfe zwischen Zylinder und Filz dieser Maschine gepreßt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Verschiedene Industrien

Was die Unternehmer alles als Wohlfahrts-einrichtungen ansehen.

Die „Summzeitung“ brachte in Nummer 47 eine längere Abhandlung über „Arbeiterwohlfahrts- und Kontroll-einrichtungen“. Die dort vorgeschlagenen Einrichtungen sind teilweise sehr beachtenswert, nur verstehen wir nicht recht, warum der Verfasser sie Wohlfahrts-einrichtungen nennt. Es gehört ein besonderer Geschmack dazu, Vorkehrungen, die direkt oder indirekt dem Interesse der Unternehmer dienen sollen, mit dem Wort Wohlfahrts-einrichtungen zu bezeichnen. Die nachfolgenden Ausführungen, die wir auszugsweise der „Summzeitung“ entnehmen, zeigen, was der Verfasser alles unter Wohlfahrt versteht.

Bei der Verarbeitung des Kautschuks, die größtenteils auf heißen Wege erfolgt, entsteht durch die Wärmeausstrahlung der verschiedenen Apparate und Maschinen besonders an warmen Sommerlagen eine unerträgliche Hitze, die die Arbeitsleistungen der Arbeiter wesentlich herabdrückt. Werden die Arbeiter im Lohn beschäftigt, so entsteht unter Umständen infolge dessen dem Unternehmer ein Schaden durch Minderleistung. Erfolgt die Beschäftigung im Accord, so entsteht ein Schaden auf Seiten der Arbeiter, und da durch die Erschlaffung schließlich auch fehlerhafte Arbeiten vorkommen können, so hat auch im Falle der Accordarbeit der Unternehmer ein Interesse an der Beseitigung des Grundübel. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß der Unternehmer zur Wahrung seines Vorteils für Kühlung der Räume zu sorgen hat. Die dazu notwendigen Einrichtungen müssen so beschaffen sein, daß ein starker Luftzug, der die Arbeiter nur schädigen könnte, vermieden wird. Für leichte Kleidung sorgen die Arbeiter meist selbst. Als eine Wohlfahrts-einrichtung wird die Lieferung von Schweißhüten erachtet. Auch sie liegt im Interesse des Unternehmers, denn jeder auf das Arbeitsgut fallende Schweißtropfen verursacht, besonders bei Hartgummi, fehlerhafte Stellen am Fabrikat.

Die gesteigerte Schweißabsonderung schafft ein gesteigertes Trinkenbedürfnis. Hier, das keine „Nationalgetränk“ der Arbeiter, ist zur Stillung desselben ungeeignet, erregt Durst, statt ihn zu stillen, und ist überdies teuer und gesundheitlich schädigend. So liegt es wieder im Interesse des Unternehmers, ein geeignetes billiges Getränk zur Verfügung zu haben. Als solches wird Kaffee, Tee oder Zitronenwasser empfohlen. Da aber auch die Billigkeit bei der Zubereitung eine erhebliche Rolle spielt, so bemerkt der Artikelfreiber der „Summzeitung“, daß sich unter solchen Umständen ein trinkbarer und schmackhafter Kaffee nicht herstellen lassen wird. Besser bewährt sich Tee, der, im kalten Zustande genossen, schmackhafter als Kaffee ist. Das billige Getränk ist Zitronenwasser. Für wenige Groschen läßt sich mit kristallisiertem Zitronensäure ein Kubikmeter Getränk herstellen. Selbst, wenn die Zubereitung dieser Getränke gratis und in ausreichender Menge erfolgt, ist das eine sehr billige Wohlfahrts-einrichtung, von der die Unternehmer wenig Aufhebens machen sollten, zumal sie ja mit dem Bestreben, den Arbeiter auch bei starker Hitze leistungsfähig zu erhalten, einen sehr eigenständigen Zweck verfolgen.

Als ein weiteres Mittel, der Erschlaffung der Arbeiter zu begegnen, empfiehlt der Verfasser des Artikels die Verlängerung der Arbeitszeit auf 7 bis 8 Stunden, allerdings nicht für alle Summiarbeiter, sondern nur für die in heißen Räumen beschäftigten Accordarbeiter. Diese Arbeitsdauer soll durch eine höchstens halbstündige Pause unterbrochen werden. Je nach der Konjunktur kann dann eine zweite Schicht oder Dreischichtwechsel eingelegt werden, zumal bei ununterbrochenem Betrieb die allgemeinen Betriebskosten bedeutend fallen. Wir können nicht einsehen, warum den in solchen Betrieben beschäftigten Lohnarbeitern der Vorteil der Arbeitszeitverlängerung bei gleichbleibendem Wochenlohn verweigert bleiben soll, zumal doch auch bei ihnen die Einwirkung der Hitze sich geltend machen wird!

Nun folgen weitere Vorschläge über die Einrichtung und Führung der Kantine. Bei abgelegenen Fabriken mit längerer Arbeitszeit empfiehlt der Verfasser vollen Speisewirtschaftsbetrieb. Zur Einnahme der Mahlzeiten ist für helle luftige Aufenthaltsräume zu sorgen. Eine Trennung der Geschlechter ist dabei nicht unbedingt erforderlich, zumal der Verfasser aus eigener Anschauung keine nachteiligen Erfahrungen bezüglich des Verhaltens der Arbeiter und Arbeiterinnen gemacht hat. Die Einrichtung des Speiseraums soll, falls die Bänke ohne Rücklehnen sind, aus drei Meter langen Bänken und Tischen bestehen, weil die Arbeiter bei dieser Einrichtung ihren Platz durch Ueberheben der Bänke erreichen können. Werden Rücklehnen an den Bänken angebracht, dann soll die Länge der Bänke nicht über 1,50 Meter hinausgehen. Neben der Ausgabe von warmen Speisen, die am zweckmäßigsten am Schalter gegen Marken oder bares Geld erfolgt, ist noch ein Büfett zu errichten, an dem kalte Speisen und Getränke veräußert werden. Die Führung der Kantine soll einem Wirt, nicht einem Angestellten der Firma übertragen werden. „Der Wirt hat sein Interesse im Auge (viel mehr als etwaige Angestellte dies für die Firma haben würden), und die Arbeiterkassette, der die

Beschwerde bei der Fabrikleitung offen steht, sorgt für ihr Recht. Die Verkaufspreise können von Seiten des Werkes bestimmt werden.“ Wir können eine derartige Regelung nicht befürworten, weil der Wirt, wenn er die Kantine in eigener Regie führt, schließlich noch eine Pachtsumme an den Unternehmer zahlt und durch Verminderung der Qualität und Quantität der Ware selbst dann einen Extraprofit herausholt, wenn die Betriebsleistung durch Festsetzung der Preise das verhindert zu haben glaubte. Die Arbeiter werden vom Beschwerderecht nur in seltenen Fällen Gebrauch machen. Die beste Regelung der Kantineführung im Interesse der Arbeiter ist die, daß der Unternehmer die Kantine entweder den Arbeitern zur Selbstverwaltung überweist oder sie in eigener Regie durch einen Angestellten führen läßt, der infolge dessen nicht sein Interesse in den Vordergrund stellen muß. Etwaige Kantineüberschüsse sind der Arbeiterkassette in irgendeiner Form zuzuwenden. Praktisch ist dagegen der Vorschlag, den Arbeitern vor den Pausen, deren Dauer weniger als eine halbe Stunde beträgt, das Essen und Trinken durch eine besondere Person einholen zu lassen, damit ihnen nicht ein erheblicher Teil der kurzen Pause durch das Einholen und Warten verloren geht. — Eine Wohlfahrts-einrichtung sehen wir übrigens in der Führung einer Kantine und der Errichtung von Speisekäfen selbst dann nicht, wenn diese Einrichtungen brauchbar und zweckmäßig eingerichtet sind.

Im Sinne der Unternehmer gelten auch die Wasch- und Trockenzimmer als Wohlfahrts-einrichtungen, obgleich hier unklar die Selbstverständlichkeit ihres Vorhandenseins erlirnt werden kann. Der Verfasser des Artikels tritt für Beseitigung der Garderoben- und Waschräume aus den einzelnen Betriebsabteilungen ein und empfiehlt die Errichtung größerer Räume für mehrere Betriebsabteilungen. Gegen diesen Vorschlag läßt sich einwenden, daß dann die Entfernung zwischen Arbeits- und Aufenthaltsraum leicht zu groß wird. Die Folge ist dann, daß sie weniger benutzt werden. Für den Vorschlag kann man allerdings anführen, daß zur Instandhaltung eines großen Raumes eher eine Person freigestellt wird. Dagegen will uns der Vorschlag, an Stelle der Garderobenschranke Bretter mit darunter befindlichen Längsstangen, an welche die Kleider auf Bügel gehängt werden, anzubringen, nicht gefallen. Verschließbare Schränke sind jedenfalls weit besser — allerdings auch teurer — als die empfohlenen Halben. Der Grundlag, alles recht billig einzurichten, kommt auch bei Vorschlägen über Wasch- und Trockenzimmer zum Ausdruck. Der Verfasser schlägt hierzu vor, anstatt Einzelbetten 4 Meter lange Waschküben in Anwendung zu bringen. Das ist ein ganz beachtlicher Schritt. Vollends kommt der Reaktor zum Vorschein bei der Abneigung des Verfassers gegen das Baden während der Arbeitszeit. Er vertritt die Auffassung, daß der Arbeiter sich den Fabrikhaus, den Dreck und die giftigen, ätzenden und sonst schädlichen Stoffe in seinen paar Feierabendstunden abkrabben muß.

Am Schluß des Artikels findet sich eine Ermahnung, alle die kleinen Ursachen zu vermeiden, die Unzufriedenheit, Streik u. s. w. heraufbeschwören können. Der Verfasser sagt nicht, ob auch Wohnverordnungen mit zu solchen kleinen Ursachen gehören, führt aber besonders das Verhängen von Geldstrafen als eine solche Ursache an. „Man sollte sie (die Geldstrafen) möglichst vermeiden, da sie stets als Unrecht empfunden werden, außerdem sind sie auch nicht einmal gesetzlich zulässig.“ Wir sind, soweit der erste Teil des Satzes in Frage kommt, derselben Meinung; sehr erwünscht wäre es uns, wenn der Verfasser mit seiner Ansicht über die gesetzliche Zulässigkeit aller Geldstrafen im Rechte wäre. Leider haben die Unternehmer ein gewisses Strafrecht. Wir sind jedoch überzeugt, daß für viele Verlöcher, deren Bestrafung nicht in der Arbeitsordnung festgelegt ist, Strafen in ungesetzlicher Weise verhängt werden. Nun will der Kritiker der „Summzeitung“ zwar die Geldstrafen fallen lassen, aber er will dafür Verlöcher mit Entlassung bestrafen. Das ist brutal und wird mindestens nicht weniger ungerecht empfunden als eine Geldstrafe. Der Verfasser inkarniert jedoch so: Bei einer Geldstrafe bleibt der Unzufriedene im Betriebe, bei der Entlassung ist er draußen. Es ist nicht darum zu tun, Ungerechtigkeiten zu vermeiden, Unzufriedenheit zu verhüten, er will nur den Betrieb gegen etwaige Auswirkungen der Unzufriedenheit des ungerechten Beurteilten schützen. Damit zeigt der Verfasser den reaktionären Hinderfuß noch deutlicher als in seinen übrigen Ausführungen. Er bedauert damit, daß er mit dem Namen Wohlfahrts-einrichtungen eben auch nur Einrichtungen zum Schutze des Unternehmerprofites bezeichnen will.

* Zur Lage der Dachpappenindustrie.

Im Juni dieses Jahres tagte in Leipzig der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten. Zwei Referenten waren bestimmt, über die wirtschaftliche Lage der Dachpappenindustrie zu reden, Vorschläge zu machen, wie der Industrie, die dieses Jahr unter ungünstigen Verhältnissen leidet, zu helfen sei. Wir geben deshalb aus dem Inhalt das Wesentlichste wieder:

Nach dem Zusammenbruch der Dachpappenkartelle traten im Jahre 1911/12 Schwicrigkeiten in der Dachpappenindustrie auf. Der Absatz verhielt sich zwar noch normal, dagegen machten sich Knäue zur gegenseitigen Unterbietung in Verkaufspreisen bemerkbar. Im Frühjahr 1913 traten infolge schlechter Baulohnunterher erhebliche Störungen ein. Die Gestehungskosten traten gegenüber den Verkaufspreisen in ein immer ungünstigeres Verhältnis. Die allgemeine Preissteigerung der Nahrungsmittel durch die Zoll- und Steuerpolitik zog logischerweise Lohnsteigerungen und Steigerungen der Rohmaterialpreise nach sich, die künstlich noch weitere Steigerungen durch Kartellbildungen in der Zee- und Dachpappenindustrie herbeiführten. Die Zee liefernden Gemerke sind größtenteils in der „Bereinigung deutscher Gaswerke in Köln“ zusammengefaßt, die die Preise diktiert. Die Außenleiter richten sich mit ihren Zee-preisen nach der Kölner Vereinigung, zumal die Nachfrage nach Zee, der mehr und mehr Verwendung zur Feuerung findet, immer noch groß ist. Auch werden Zee in steigenden Mengen nach Rußland ausgeführt. Besonders die letzten 3 Jahre haben erhebliche Preissteigerungen für Zee gebracht. Nach der Vorkamer Zeeverkaufsvereinigung lösteten 1899 100 Kilogramm Zee 2,31 Mark, 1906 nur 2,13 Mark. 1910 stieg der Preis auf 2,45 Mark, 1912 aber auf 3,51 Mark und der Durchschnittspreis für 1912 war 4,20 Mark pro Doppelzentner. Wurde 1910 die Dachpappenindustrie zum Anlauf ihrer Zeeermengen den Betrag von 7,35 Millionen Mark aufwenden, so bedauerte sie 1912 zum Anlauf der gleichen Mengen 12,6 Millionen Mark. Auch die Preise für Zee sind im Anziehen begriffen, da große Mengen davon in den Zeebetrieblen Verwendung finden. Die Rohpappfabrikanten haben durch ihre Kartellierung Preise erzielt, die für die Dachpappenfabriken Mehraufwendungen brachten, die seit 1910 auf 1,2 Millionen Mark zu schätzen sind. Die künstliche Kartellierung der Rohmaterialfabriken vorerst nicht günstig, da einmal gesteigerte Verwendungsmöglichkeit der Zeeerprodukte hindernd im Wege stehen.

Ueber den Umfang der Produktion von Dachpappe sind Zahlen nicht vorhanden. Selbst die Referenten, die auf der Tagung des Verbandes Deutscher Dachpappenfabrikanten in Leipzig über die wirtschaftliche Lage der Dachpappenindustrie referierten, konnten sich nur auf die Eisenbahntransportziffern von Dachpappe berufen. Im Jahre 1900 wurden z. B. 159.776 Tonnen Dachpappe verhandelt, 1911 hingegen 292.847 Tonnen. Ueber den Umfang der Produktion von Dachpappe lassen sich aus diesen Angaben nur unter bestimmten Gesichtspunkten bedingte Schlüsse ziehen, doch steht fest, daß eine Produktionssteigerung stattgefunden hat.

Der Absatz von Dachpappe erstreckt sich nun überwiegendsten Teile auf Deutschland selbst, und deshalb ist das Steigen und Fallen desselben wesentlich an den Geschäftsgang im Bauwesen geknüpft. Die Ausfuhr von Dachpappe stieg nur langsam, von 97.778 Doppelzentner im Jahre 1908 auf 108.637 Doppelzentner im Jahre 1912. Die Einfuhr, die 1908 erst 10.888 Doppelzentner betrug, stieg bis 1912 auf 17.376 Doppelzentner. Besonders stieg die amerikanische Einfuhr von Dachpappe, und zwar von 1855 Doppelzentner im Jahre 1911 auf 5833 Doppelzentner im Jahre 1912.

Für die Bedeutung eines Industriezweiges in der Volkswirtschaft spricht mit die Zahl der beschäftigten Personen. Nach der Betriebsstatistik waren 1907 in der Dachpappen- und Dachpappfabrikation 266 Gewerbetriebe vorhanden, in denen 4699 männliche und 523 weibliche Personen beschäftigt waren. Schätzungsweise dürften zurzeit 6000 Personen beschäftigt sein.

Ueber die Hilfsmittel, die notwendig sind, der Dachpappenindustrie wieder auf die Beine zu helfen, wurden in erster Linie genannt: Erleichterung der Ausfuhr für Rohprodukte durch Zölle und ebenso Erleichterung der Einfuhr für Fertigfabrikate. Zur Preisbildung, Preisstabilisierung und Regelung der Produktion soll als Mittel der Selbsthilfe vor allem die Errichtung eines Kontingentierungskartells angestrebt werden.

Bewegte Klagen wurden über Lohnsteigerungen, soziale Lasten und auch über den Mehrbeitrag angestellt. Wenn irgend ein Teil der in der Dachpappenindustrie Beschäftigten Klagen zu erheben hätte, so in allererster Linie die Arbeiter. Sie mögen vor allem durch Ausbau ihrer Organisation dafür sorgen, daß die Vorbedingungen zur Verbesserung ihrer Lebenslage geschaffen werden. Die Unternehmer gehen ihnen mit gutem Beispiel voraus.

Unternehmergewinne in der Konfervenindustrie.

Die Aktiengesellschaften der Konfervenindustrie erfreuen sich einer seit Jahren steigenden Rentabilität. Vor fünf Jahren fanden sie mit ihrer Dividendenrendite erheblich unter dem Durchschnitt aller Aktiengesellschaften; in dem Berichtsjahre 1912 haben sie den Durchschnitt nicht nur erreicht, sondern überholt. Die amtliche Statistik, die seit einigen Jahren über die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften geführt wird, gibt über die Zahl und die Gewinne der Aktiengesellschaften der Konfervenindustrie folgende Zahlen:

Table with 5 columns: Jahr, Zahl der Aktiengesellschaften, Aktienkapital, Dividenden-summe, Dividende in Proz. des Aktienkapitals. Rows for years 1907/8 to 1911/12.

In den fünf Jahren, auf die sich die amtliche Statistik erstreckt, ist die Zahl der Gesellschaften nicht größer geworden. Jedoch hat sich das auf eine Gesellschaft durchschnittlich entfallende Aktienkapital von 838 000 auf 860 000 Mark erhöht. Die Dividenden-summe aber ist in derselben Zeit um 310 000 Mark oder rund 50 Prozent gestiegen, während die Summe des Aktienkapitals um nur 286 000 Mark, gleich rund 3 Proz., gestiegen ist. Die Aktionäre der Konfervenindustrie haben also eine ganz enorme „Lohnerhöhung“ erhalten. Sie hätten deshalb auch allen Anlaß, sich den Forderungen und Wünschen der Arbeiter gegenüber etwas weniger hartnäckig zu zeigen.

Kampf und Zusammenstoß in der Schallplattenindustrie.

Der Konkurrenzkampf in der Schallplattenindustrie, über den wir in Nr. 33 des „Proletarier“ ausführlich berichteten, hat schon eine weitere Konzentration der Betriebe gestattet. Wenigstens darf man annehmen, daß der Erwerb des Konzerns Dr. Grünbaum u. Thomas, A.-G., Berlin, durch die Lindström-Gesellschaft durch den Kampf, wenn nicht direkt veranlaßt, so doch beschleunigt worden ist. Die Gesellschaft Dr. Grünbaum u. Thomas ist erst 1911 gegründet. Sie rentierte allerdings sofort glänzend. Die Aktionäre erhielten in jedem der abgelaufenen Geschäftsjahre 20 Prozent Dividende auf 1 1/2 Millionen Mark Aktienkapital; daneben wurden noch erhebliche Mejeven angesammelt. Zu welchem Preis die Lindström-Gesellschaft den Konzern Grünbaum übernimmt, ist noch nicht bekannt geworden. Jedoch dürfte der Preis nicht eben niedrig sein. Das geht schon daraus hervor, daß die Lindström-Gesellschaft zu dem Zwecke des Ankaufs eine Erhöhung ihres eigenen Aktienkapitals (jetzt 3 1/2 Millionen Mark) um 2 Millionen Mark vorschlägt. Diese 2 Millionen Mark haben bei dem jetzigen Kurs der Lindström-Aktien einen Börsenwert von weit über 4 Millionen Mark.

Die Lindström-Gesellschaft bezieht sich durch die Angliederung der Grünbaum'schen Werke nicht nur einen unangenehmen Konkurrenten für Platten, sondern sie erhält dadurch auch einen leistungsfähigen Lieferanten für Schallplattenmasse. Das geht sie in den Stand, der Konkurrenz noch mehr als jeher Boden abzugraben. Und darauf dürfte schließlich die ganze Aktion hinausgehen. Die Lindström-Gesellschaft hat bekanntlich den Besitz der „Grammophon“-Plattenabnehmer durchbrochen mit der Erklärung, die Phonographenplatte zu 1,25 Mark, die von der Grammophon-A.-G. Hannover auf den Markt gebracht wurde, richte sich nur gegen die Schallplattenkonkurrenz der kleinen Betriebe. Die jetzigen Vorbereitungen der Lindström-Gesellschaft deuten jedoch an, daß sie nach der Wiederbekämpfung der kleinen auf einen Kampf zwischen den Großen abzielt. Für diesen Kampf will sie rufen. Die Grünbaum-Gesellschaft wird von denselben Erträgen auszugehen sein. Insofern stellt die Verbindung der beiden großen Gesellschaften den Anfang zu einer Vereinigung der deutschen Schallplattenindustrie dar.

Streits und Lohnbewegungen.

Streits und Ansprüchen beziehen in Brandenburg an der Havel (Rennschiff-Werke); Eisenberg, S.-A. (Porzellanfabrik); Garmburg (Del- und Margarinfabrik Seemann u. Co.); Lauf an der Pegnitz (Schallplattenfabrik G. Bartsch).

Streit nach dem angeführten Ort ist streng fernzuhalten.

Bremen. Unser guiter Erfolg durch ihr geschlossenes Vorgehen haben die Arbeiter der Tappenzellfabrik, hier, zu verzeichnen. Ende Juli richteten die Arbeiter und Hilfsarbeiter Forderungen auf Verbesserung der Arbeitszeit durch die Organisation ein, auch verlangten sie die Fortschaffung der Kündigung einiger Kollegen. Die Firma lehnte aber jede Verhandlung, die zu einer friedlichen Lösung führen konnte, ab. Somit kündigten die Arbeiter bis auf einige Ausarbeiter und legten am 25. Juli die Arbeit nieder. Aber schon nach 14 Tagen mußte die Firma einsehen, daß sie gegen die Geschlossenheit der Arbeiter nicht ankämpfen konnte, zumal sie mit dem ersparten Betrag von Tappenzellfabrik kein Geschäft hätte. Sie erklärte sich zu Verhandlungen mit den Verbänden-vertretern bereit. Erreichte wurde eine Arbeitszeitverkürzung um 2 1/2 Stunden pro Woche, Wiederbeschaffung kündigungsfähiger Arbeiter und sonstige Verbesserungen. Einige geplante Fortschreibungen wurden abgewehrt. Aber auch von einer anderen Seite herdrängen. In diese Bewegung eintrat, doch bis vor nicht langer Zeit war von einer Organisation, von einem festen Zusammengehörigkeit unter den Tappenzellfabrikern nicht zu sprechen. Jetzt haben die Arbeiter der Firma den richtigen Weg gefunden und Herr Grünbaum wird wohl anerkennen, daß er sich nicht in dem Sinne verhalten sollte, wie er sich gegen den Willen der Arbeiter, ohne dabei an seinen Ansehen etwas zu verlieren. Aber auch die Arbeiter der anderen Werke, vor allem die Tappenzellfabrik, sollten aus dieser Bewegung die Lehre ziehen, daß nur durch ein geschlossenes Vorgehen ihre Lebenslage verbessert werden kann. Angesichts der Verhandlungen in dem Bremer Unternehmen der Tappenzellfabrik, die sich vor kurzem in Berlin im gleichen Unternehmen abspielte, mit allen Mächten die Arbeiter in den Verhandlungen zu gewinnen, müssen alle diejenigen als Feinde der Arbeiter betrachtet werden, die es unternommen, Zusammenhänge in die Reihen der Tappenzellfabrik zu bringen. Nur eine starke geschlossene Organisation wird in der Lage sein, ihren Einfluß dem vertriebenen Unternehmen gegenüber zur Geltung zu bringen. Unsere Forderung ist: „Einigkeit führt zum Ziel!“ Zusammen, hinein in den Verband der Tappenzellfabrik!

Bremen. Der Streit und damit auch der Bestand bei der Firma Grünbaum u. Co. (Rennschiff-Werke) in Eisenberg, deren jenseitigen von den Tappenzellfabrikern in der Stadt zusammengekommen werden, eine Verhandlung mit der Firma zu erzielen, die über an der Halbesandstraße des Bremer-Verbands. Diese Verhandlungen geschieden ist. Von dem Bremer-Verband wird eine Kommission die Arbeiterseite nachfolgendes Schreiben an den Vorstand:

„Aufgrund der Streit und des über die Firma der Grünbaum u. Co. verhängten Streits durch geschlossenes Vorgehen im „Proletarier“ an einem Wochenende und dem darauffolgenden Streik verurteilt den Vorstand der Bremer-Verband, wie die bekannten Bestimmungen, sowie die Forderungen zum Besten der Interessen des Bremer-Verbands.“

Die Spitze über die Tappenzellfabrik wird jenseitigen der Firma Grünbaum u. Co. entsprechend nach dieser Verantwortlichkeit zurückgegeben. Die Firma wird nach Möglichkeit die unangenehme Wiederbeschaffung der Arbeiterseite ermöglichen.

Die Tappenzellfabrik wird jenseitigen der Firma Grünbaum u. Co. werden nach Bedarf die Tappenzellfabrik zu dem Bremer-Verband der Firma in ihren Vertrieben werden anstellen.“

Diese Angelegenheit ist die Arbeiterseite ist. Eine Kommission der Arbeiterseite sollte die Firma, daß sie keine Arbeitsverhältnisse die Beschäftigung der Tappenzellfabrik zu verbessern. Das geht, man wird Tappenzellfabrik zu verbessern, welche bereits einen Teil der unangenehmen Arbeiterseite abgelehnt haben, diese wieder zu erlangen, und Tappenzellfabrik der Tappenzellfabrik gegen die Arbeiterseite.

Arbeiterseite die organisierte Arbeiterseite zwingen, den Boykott aufzuheben. Selbstverständlich erreicht die Firma mit ihren Drohungen nur das Gegenteil. Die Arbeiterseite wird nach folgendem Vorgehen um so schärfer darauf achten, daß die Produkte der Firma Seemann beim Einkauf unbedenklich bleiben.

Neustadt i. S. Die Arbeiter der Firma E. F. Janus, die jahrelang in dem Glauben lebten, daß sie auch ohne Organisation Lohn-erhöhung erreichen könnten, sind heute von dieser Ansicht gründlich geheilt, und dazu hat die Firma ihr reichlich Teil beigetragen. Im vorigen Herbst trat die Arbeiterseite nach allgemeiner Weise auf eigene Faust, wegen einer Lohnerhöhung an Herrn Janus heran, der sie mit dem Bemerkten, sich erst zu organisieren und dann wiederzukommen, zurückwies. Es dürfte in unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsbildung nicht oft vorkommen, daß die Arbeiter von ihrem Arbeitgeber sich erst den Weg zur Organisation zeigen lassen müssen. Im April dieses Jahres wurde dann der Firma von Seiten des Vorstands eine Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes, Gewährung von Aufschlägen für Überstunden und Sonntagsarbeiten und einige sonstige Verbesserungen eingereicht. Die Firma erklärte sich auch zu Verhandlungen bereit, und es konnte eine Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 44 Pf. und für Überstunden und Sonntagsarbeiten 5 Pf. Aufschlag erreicht werden. Außerdem wurde noch eine Anzahl der Arbeitspositionen um 1 bis 2 Pf. aufgebessert, womit die Kollegen sich zufrieden gaben. Offenheit bleiben sie der Organisation treu, dann kann das Erreichte festgehalten und später erreicht werden, was diesmal in Betracht des jungen Organisationsverhältnisses noch nicht möglich war. Den übrigen unorganisierten Arbeitern in Neustadt möchten wir aber zurufen: Organisiert euch, damit ihr nicht wie in diesem Falle erst von eurem Arbeitgeber auf die Notwendigkeit der Organisation aufmerksam gemacht werden müßt!

Polizei und Gerichte.

Wie Anlagen zustande kommen zeigte recht deutlich eine Gerichtsverhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht. Wegen „Streitbergehen“ war der bisher noch unbestrafte Kollege Dietrich angeklagt. Kurz zuvor war er wegen eines ganz gleichen Vergehens zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Der vorliegende Richter erkannte ihn deshalb sofort wieder und gab seiner Verwunderung Ausdruck, den Angeklagten schon wieder vor Gericht zu sehen. „Ich kann mir nicht helfen“, erklärte unser Kollege Dietrich, „aber ich habe wirklich von dem ganzen Vorfall keine Ahnung.“ — „Wenn es die Zeugen aber hier bezeugen werden, daß Sie der Schuldige sind?“ forschte der Richter weiter. „Dann muß ich die Zeugen eben weinend machen“, antwortete Dietrich, „denn ich bin es diesmal wirklich nicht gewesen.“

Der erste Zeuge war ein oberbischöflicher Arbeiter, der während des Streiks in der Zementwarenfabrik von Guido Simon in Kottbuscham-Breslau als Arbeitswilliger tätig war. Als er am 4. Juni dieses Jahres von der Fabrik nach seiner in Brodau gelegenen Wohnung ging, soll ihm angeblich ein Radfahrer gefolgt sein, der die Statur des Angeklagten hatte, und der ihm zugerufen haben soll: „Verfluchte Bauernleiche, du hast wohl kein Brot zu essen“, und ihm drohte: „Na, wart mal, Junge, ich werde dich schon mal laufen!“ Der Zeuge vermochte nicht mit Bestimmtheit anzugeben, ob der Angeklagte tatsächlich der Radfahrer gewesen war. Ein 17-jähriger junger Mann aus Brodau hingegen, der den Radfahrer ebenfalls gesehen hatte, soll in ihm den Angeklagten wiedererkannt haben. Als nun der siebenjährige als Zeuge aufgerufen wurde, wies ihn der Vorsitzende nachdrücklich darauf hin, daß von seiner Aussage allein das Schicksal des Angeklagten abhängt, und der Richter ersuchte den Zeugen, sich den Angeklagten möglichst genau anzusehen. Eine ganze Weile folgte der Zeuge diesem Ertrug. Als dann der Richter ihm die Frage vorlegte: „Erkennen Sie nun den Angeklagten als den Schuldigen wieder?“ antwortete der Zeuge mit einem bestimmten Nein! Dieser Mann war barlos, während der Angeklagte einen kleinen Schnurrbart hat. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum der Zeuge nicht schon bei der polizeilichen Vernehmung mit dieser Wahrnehmung hervorgetreten sei, erklärte der Zeuge, daß der betreffende Polizeibeamte nach der Schilderung, die er erhalten hatte, sofort von selbst darauf kam, der Schuldige könne kein anderer als der Dietrich sein. Das Gericht erkannte auf Freisprechung und legte die Kosten der Staatskasse auf.

Rundschau.

Eine Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fand vom 4. bis 6. September in Genf statt. Ungefähr 400 Personen, darunter auch die Vertreter von 23 Regierungen und viele Vertreter der modernen organisierten Arbeiterseite aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz, aus Österreich, Belgien, Holland und Skandinavien, waren anwesend. Verhandelt wurde über die Arbeitsvermittlung, die Bereitstellung öffentlicher Arbeiten bei großer Arbeitslosigkeit, über Arbeiterwanderungen, Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung. Ueber die Verhandlungen selbst kann hier nicht ausführlich berichtet werden. Als bemerkenswert soll jedoch erwähnt werden, daß der offizielle Vertreter des deutschen reichsstatistischen Amtes, Dr. Zacher, sich in seiner Rede zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung aussprach. Und das, obwohl die deutschen Regierungen sich bisher noch überall und immer gegen eine solche Versicherung ausgesprochen und den Gewerkschaften die Sorge für die Arbeitslosen allein überlassen haben. Es wäre erfreulich, wenn die Erklärung des deutschen Regierungsvertreters einen offiziellen Meinungsumschwung angebahnt hätte. Die Auffassung der Konferenz über die Frage der Arbeitslosenversicherung wurde in folgenden Leitsätzen niedergelegt:

- 1. Auf die Zwangsversicherung, wenigstens für gewisse Berufe, und auf eine Ergänzung der Zwangsversicherung durch freiwillige Versicherung.
2. auf die Ueberzeugung, daß die Wiederbeschaffung von Arbeit die vornehmste Leistung der Arbeitslosenversicherung und die Organisation des Arbeitsnachweises die Vorbedingung der Versicherung sei;
3. auf eine Organisation, die, soweit als möglich, die Mitwirkung der Berufsvereinigungen mit sich bringt.

Nur ist man noch nicht im Klaren über das beste dieser Versicherungen zugunsten zu legende Finanzsystem. Zumal die englischen Versicherungen noch zu neu sind und in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges begonnen haben, die zu außergewöhnlich ist, als daß man sich jetzt über die finanziellen Rückwirkungen auslassen könnte. Genosse U. M. Breit von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wies auf die Leistungen der Gewerkschaften hin und machte den Vorschlag, die Resolution solle sich auch für die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung als die vornehmste einig mögliche und notwendige auszusprechen und Ernst und Gemeinde zur Unterstützung an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen verpflichten. Dieser Anregung kam die Konferenz jedoch nicht nach.

Ueber den Rest der Arbeiten der Konferenz ist noch weniger Ertrugliches zu sagen.

Schiffbau und Arbeitslosigkeit.

Der herrsche Reichsbote, ein Blatt, das sich christlich-sozial nennt und nicht nur unter seinen Lesern, sondern auch unter seinen Mitarbeitern verhältnismäßig viel Geißliche hat und deshalb den Beinamen „Reichsboten“ führt, bezog sich kürzlich gegen die Arbeitslosenversicherung folgende von Sachkenntnis und christlicher Liebe in gleichem Maße bezeugte Sage: „Man wird also gut tun, bei all diesen Klagen über Arbeitslosigkeit sich zunächst einmal zu vergewissern, ob diese nicht durch den Uebermut der Arbeiter selbst verursacht ist. Jedenfalls muß mit allen Mächten verhindert werden, daß die Wohlthäter der staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenversicherung an Leute veräußert werden, die durch ihre Zugehörigkeit zu streikenden Verbänden in ihre missliche Lage gekommen sind.“

Der also durch seine Zugehörigkeit zu einem streikenden Verbände in eine missliche Lage gekommen ist, der soll mit seiner Familie Hungers geköpft werden.

Verbandsnachrichten.

Aufgaben der Betriebsvertragsleute.

Diese Broschüre ist in neuer Auflage hergestellt und kann versandt werden.

Aufforderung.

Die Mitglieder Max Glombig, 381 097, Adolf Basse, 324 683, Paul Thiele, wahrscheinliche Buch-Nr. 344 157, Johann Maurer, Buch-Nr. 470 651, oder wer sonst ihren jetzigen Aufenthalt kennt, werden hierdurch um sofortige Angabe ihrer Adresse gebeten. Sie sollen uns Auskunft geben über die angeblich in Mittelnwalde erhaltenen Erwerbslosen-Unterstützungen.

Jahrbücher.

Von den Jahrbüchern ist noch eine Anzahl vorrätig und können bei Bedarf von den Zahlfstellen abgefordert werden.

Verbandskalender 1914.

Um mehrfach eingegangenen Anfragen gerecht zu werden, teilen wir mit, daß der Versand der bestellten Kalender anfangs Oktober beginnt.

Bestellungen können nur noch für circa 1000 Stück entgegengenommen werden.

Statistik. — Gelbe Karten.

Zum Schluß des Monats September sind die gelben Berichtskarten einzufenden. Als Stichtag zur Feststellung der Zahl der Arbeitslosen am Ort und auf der Reise (Spalte 3 und 4) gilt der 27. September. Die Karte muß bis zum 4. Oktober 1913 in Hannover sein. Die Genauigkeit der im „Proletarier“ jeweils veröffentlichten Quartalsstatistik bedingt eine präzise Berichterstattung, also richtige Ausfüllung und zeitige Absendung der Karten. Nicht oder zu spät berichtende Zahlfstellen werden im „Proletarier“ veröffentlicht.

Die Ausfüller der Karten dürfen unter keinen Umständen Kranke und Streikende (solange der Streik nicht beendet ist) als arbeitslos mitzählen und folglich auch nicht die für diese vorausgesetzten Unterstützungssummen einsetzen. Nur die Zahl der wirklich Arbeitslosen ist anzugeben.

Für den Monat August hatten bis zum 8. September nicht berichtet:

Table with 5 columns: Gau, Zahlfstellen, männlich, weiblich, zusammen. Rows for various Gaue and a total row.

Vom 9. September an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Warne 100,—, Melbref 64,95, Kassel 21,—, Saynau i. Schl. 700,—, Franental 500,—, Vetschau 120,—, Waizen 400,—, Hameln 100,—, Friedberg i. Schl. 1000,—, Elffelt 900,—, Dranienburg 300,—, Essen a. d. R. 5,—, Kassel 1,60, Tessaun 2600,—, Wölsdorf 950,—, Königsberg 600,—, Cbersdorf 400,—, Hilsfeld 200,—, Reiz 10,—, Radeberg 1000,—, Karlsruhe 300,—, Arnstadt 0,50, Saaraun 1200,—, Plauenischer Grund 2000,—, Sonneberg (S.-M.) 600,—, Reinsig 300,—.

Schluf: Montag, den 15. September, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Eingegangen

ist die Zahlfstelle Karawonice.

Ausgeschloffen

wurden die Mitglieder der Zahlfstellen: Quedlinburg: Louis Weil, Buchnummer 481 366. Nürnberg: Georg Hammer, Buchnummer 489 406, und Georg Fuchsbauer, Kartennummer 235 379.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetreten in. Rows for various members and their details.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Gau 7, Sitz Dresden. Ab 30. September: Dresden-V., Rikensbergstraße 6, 3. Etg. Telefon 17 820.
Blomberg. August Brinmann, Lehmbrieffstraße.
Dehm. August Pangritz, Nr. 4, S. Stötefall, Nr. 147.
Schabow i. Meßburg. Karl Stioll, Gr. Wandrasch 23.
Eingen. 1. Beschlüssigster Stephan Syd, Gartenstadt 1.
Geiselschäger: Karl Bauer, Gießhardsstr. 28, 1. Et.
Trossberg. Franz Schmidt, Nr. 52.
Wurzen. Das Bureau befindet sich vom 22. September an Carolair. 5 b, 2. Et. (Konsum-Verein).

Zahlfstelle Nürnberg.

Der Kollege Johann Reinhold, eingetretten am 18. Dezember 1911 in Nürnberg, Buch-Nr. 522 470, wird erucht, seinen jetzigen Aufenthalt sofort dem Bureau der Zahlfstelle Nürnberg mitzuteilen.

Chemische Industrie

Ursachen und Folgen der wichtigsten Unfälle im Jahre 1912.

II.

Die Rubrik „feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe und Vergiftungen“ bringt ebenfalls eine eingehendere Erläuterung der Unfallursachen. In einer Lackfabrik wurden zwei Arbeiter, davon einer tödlich, beim Hinzusetzen von Terpentinöl zum geschmolzenen Harze verletzt, obgleich die Kessel vom Feuer abgehoben und 5 Meter davon ins Freie gestellt worden waren. — Direkt leichtsinnig handelten eine Arbeiterin einer Schuhcremefabrik und ein Meister einer Lackfabrik. Die Arbeiterin setzte das Terpentinöl hinzu, als der Behälter mit dem Schmelzprodukt auf dem Feuer stand. Der Meister beauftragte einen Arbeiter zu einer gleichen Arbeit. Bei der naturgemäß eintretenden Entzündung wurden der Arbeiter und die Arbeiterin so schwer verletzt, daß der Tod eintrat. — Durch einen Leucht mit Streichhölzern in mit brennbaren Gasen gefüllte Schmelzgefäße und Benzintankwagen wurden zwei Arbeiter schwer verletzt. Ebenso unsinnig ist das Verfahren, mittels Benzins bis auf das Spundloch verschlossene Fässer auszubrennen, wie es ein Arbeiter in einer Leimfabrik tat. Er hatte Fässer, in die Fett gefüllt werden sollte, mit heißem Wasser zu reinigen. Entgegen der Anweisung füllte er etwas Benzin in ein Leertopf und beauftragte seinen Kollegen, das Benzin am Spundloch zu entzünden. Bei der nun folgenden Explosion wurde dieser vom Benzin überschüttet und so schwer verbrannt, daß er daran starb. — In einer Fabrik, die mit Hilfe von Zelluloselösung Seiden für Schuhfabriken imprägniert, trat eine Entzündung der Dämpfe im Trockenturm ein. Der Betriebsleiter und ein Arbeiter wurden getötet.

Beim Abstecken eines Karbidofens wurde durch austretende Gasemengen Karbid aus der Pfanne geschleudert. Dabei wurde ein Arbeiter tödlich verletzt. In vier weiteren Fällen wurden Arbeiter beim Schließen der Abstichöffnung des Karbidofens verletzt. Die Ursache lag daran, daß der feuchte Kaltpfropfen infolge Gas- und Dampfentwicklung herausgeschleudert wurde, wobei glühendes Karbid die Arbeiter traf. — Durch Explosion der Staubanlage einer Kalkstickstoff-Fabrik wurde ein Meister getötet; ein Arbeiter verunglückte durch die Explosion beim Füllen einer wasserspeichernden Karbidtrommel. — Durch eine aus der undichten Mauerung einer Retorte in einer Teerdestillation herausschlagende Flamme wurde ein Arbeiter tödlich verbrannt. — An einem Apparate hatte sich ein einseitiges Rohr mit metallischem Natrium verstopft. Der Arbeiter wollte die Verstopfung durch Wasser beseitigen. Beim Hineingießen des Wassers zerriss das Rohr. Die linke Hand wurde ihm zerrissen. — An einem großen Naphthalin-Schmelzgefäß wurden drei Arbeiter, die eine Undichtigkeit durch Anziehen der Schraube beseitigen wollten, infolge Abreißen des Kesselrandes schwer verbrannt.

Durch nitrose Gase wurden fünf Personen, darunter ein Chemiker, vergiftet. Drei der Vergifteten starben. Die Vergiftungen ereigneten sich an der Entsauerungsanlage einer Nitrosulphatfabrik, an der Kondensationsanlage einer Dynamitfabrik, in einer Nitroglycerin- und in einer Farbenfabrik beim Nitrieren und bei Ausprobieren eines neuen Schwefelsäureverfahrens. — Durch Einatmung von Schwefelwasserstoffgas wurden in drei Fällen drei Arbeiter getötet und 17 Personen schwer vergiftet. — Infolge mangelhafter Aufsicht fiel ein 15-jähriger Arbeiter in einen mit Kohlenstaub gefüllten offenen Bottich. Da sich die Rettung verzögerte, trat Erstickungstod ein. — Ein Arbeiter, der nachts ein Gefäß, in dem sich Toluolin befand, überlaufen ließ, machte sich mit dem Aufwischen der Flüssigkeit längere Zeit zu schaffen, wobei er erhebliche Mengen von Dämpfen einatmete und seine Kleider teilweise mit der Flüssigkeit durchtränkte. Obendrein aß er mit ungewaschenen Händen sein Brot und unterließ es, die Kleider sofort zu wechseln, trotzdem es angeblich an mindlicher Belagerung hierüber nicht fehlte. Infolge dieses unsinnigen Verhaltens trat eine schwere Erkrankung ein. — Nach dem Abgeben einer Veronalmischung (Schlafmittel) unter Benutzung einer bewährten Atemmaske bekam ein Arbeiter unüberwindliche

Müdigkeit. Er hatte, wie sich herausstellte, während der Arbeit trotz des Verbots sein Brot verzehrt.

Die meisten unter der Rubrik „Zusammenbruch, Einsturz usw.“ sich ereignenden Unfälle kommen in Dingerfabriken und bei Montagen vor. Der Bericht vermerkt, daß sich gegen die Verwendung vorgeschriebener Leitern ein Widerstand der Unternehmer und Arbeiter bemerkbar macht. Die Forderung, eine defekte Leiter aus dem Betriebe zu entfernen, wird oft als übertriebene Vorsicht betrachtet. Unter solchen Umständen auch von einem Widerstand der Arbeiter zu reden, geht wohl nicht gut an, da die Arbeiter, falls nur gute Leitern vorhanden sind, sich schlechter Leitern nicht bedienen können. — Beim Abgraben von Superphosphat wurden zwei Arbeiter, beim Ausräumen von Aufschließebläsern ebenfalls zwei Arbeiter tödlich verletzt.

Unter der Rubrik „Auf- und Abladen von Hand, Heben, Tragen“ konstatiert der Bericht, daß bei vielen derartigen Unfällen die Ursache vorliegt, daß sich die Arbeiter zuviel zumuten oder besser gesagt, daß ihnen zuviel zugemutet wird. So sei die Beförderung eines Sackes von 100 Kilogramm ohne jedes Hilfsmittel zu viel für die Kraft eines Mannes. Wir können den Arbeitern nur raten, sich bei passender Gelegenheit in dieser Hinsicht auf den Bericht der Berufsgenossenschaft zu berufen.

Unter „gesundheitsschädliche Einflüsse“ wird für die noch verhältnismäßig junge Kalkstickstoffindustrie eine Reihe gleichartig verlaufende Krankheitserscheinungen festgestellt, so daß von einer spezifischen Gewerkrankheit der Kalkstickstoffindustriearbeiter gesprochen werden kann. Der Bericht schreibt:

„Die Kranken zeigen Entzündungserscheinungen an den Schleimhäuten und Ekzeme (Hautausschläge) an den Extremitäten (Hände und Füße), welche auf die Einwirkung des stark alkalischen Karbid- und Kalkstickstoffstaubs auf die durch Transpiration oberflächliche Ausscheidung feuchte Epidermis (Haut) zurückgeführt werden müssen. Als Vorbeugungsmaßregeln sind gute Entstaubungsanlagen anzuführen, welche neben der Staubentfernung auch eine Temperaturerniedrigung erreichen lassen. Wenn sich außerdem die in den Betriebsräumen beschäftigten Personen einer großen Keimlichkeit befleißigen, kann mit Sicherheit auf ein Verschwinden der Krankheitserscheinungen gerechnet werden.“

Die höchsten Farbwerte haben in ihrer Sulfatfabrik eine pneumatische Förderung des Sulfats eingerichtet. An Stelle der durch Hitze und Staub belästigten Handarbeit ist die Maschinenarbeit getreten. Das Sulfat läuft vom Ofen in fertig gemahlenem Zustande in geschlossene Eisenbahnwaggons. Angeblich sollen trotz Einsparung von Arbeitslöhnen die Betriebskosten höher sein.

Am Schlusse des Berichts ist wie alljährlich eine Tabelle angefügt, die eine Gruppierung der Unfallursachen enthält. Danach entfallen angeblich 8 Prozent der Unfälle zu Lasten der Unternehmer, 49,6 Prozent zu Lasten der Arbeiter und 42,4 Prozent zu Lasten der Betriebsgefahr. Wir haben schon mehrfach die Wertlosigkeit dieser Gruppierung dargelegt. Der Konferenz der technischen Aufsichtsberechtigten lag nun eine neue weitergehende Gruppierung der Unfallursachen im Entwurf vor. Die Konferenz konnte sich jedoch, trotzdem sie den Fortschritt des Entwurfs anerkannte, nicht zu seiner Annahme entschließen, sondern war der Ansicht, den Fortfall dieser Statistik, die doch nur beschränkten Wert haben könnte, anzuführen. Allgemein betrachtet, läßt der Bericht, aus dem wir noch so manches mitzuteilen hätten, den Schluss zu, daß unser Vorgehen und die fortwährende Kritik mit die Hauptfaktoren sind, die auf dem Gebiete der Unfallverhütung unerlässlich vorwärts treiben.

× Eine tödliche Verbrennung.

Am 30. August verbrannte ein 23-jähriger Arbeiter in der chemischen Fabrik Kiesel in Berlin so schwer, daß er am 1. September im Krankenhaus von seinen fürchterlichen Schmerzen durch den Tod erlöst wurde.

Der Verunglückte war erst vor kurzem aus der Probung gekommen und fand in der Kieselischen Fabrik Beschäftigung. Hier wurde er an einer Mühle beschäftigt, in der ein besonders explosionsfähiges Pulver gemahlen wird. Trotz Rauchverbots steckte sich der junge Mann nach dem Mittagessen eine Zigarette an; in demselben Augenblick erfolgte auch schon die Explosion. Einige Arbeiter in der Fabrik sind nun der Meinung, daß mit jeder feuergefährlichen Arbeit eigentlich nur besonders erfahrene und besonnenere Leute betraut werden sollten. Bei dem jämmerlichen Lohn, den die Firma jedoch bezahlt, sei nicht zu erwarten, daß sich zu dieser Arbeit geeignete und tüchtige Arbeiter finden. Außerdem wird

logar behauptet, daß auch leitende Personen schon mit brennender Zigarette im Betriebe gesehen worden seien. Mit Recht wird gesagt, wenn das Rauchverbot für Arbeiter gilt, so sollte das auch für die Fabrikleitung Geltung haben. Gerade letztere eigentlich unbefangenen Arbeitern mit gutem Beispiel vorzugehen. Im übrigen werden noch mancherlei Klagen über die Arbeitsmethode in diesem Betriebe geführt. U. a., daß das starke Gift Zyanid im Alford in Fäßen verpackt werden muß. Und damit die mit dieser gesundheitsgefährlichen Arbeit Beschäftigten nur einigermaßen verdienen, würde das Gift unter Außerachtlassung aller Schutzvorrichtungen mit den Fingern angefaßt.

Daß solche Zustände in dem Betriebe vorhanden sind, haben sich leider die Arbeiter zum Teil selbst zuschreiben; hätten sie bereits den Weg zur modernen Gewerkschaftsorganisation gefunden, so könnten sie sich in stärkerem Maße einen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsmethoden und einen besseren Verdienst erkämpfen.

× Feuerbach-Stuttgart. Schon oft haben wir an dieser Stelle den Arbeitern und Arbeiterinnen der chemischen Industrie unseres Reichsteilgebietes durch Schilderung von vorhandenen Mängeln im Betriebe die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen geführt. Sehr oft besanden wir uns aber auch in der angenehmen Lage, von dieser Stelle aus über wirtschaftliche Erfolge berichten zu können in solchen Betrieben, wo das Organisationsverhältnis ein prozentual gutes ist. Leider muß aber immer wieder konstatiert werden, daß nach Lohnbewegungen und nach dem Abschluß von Tarifverträgen die Treue zur Gewerkschaft, die doch in erster Linie zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse beigetragen hat, verschwindet. Interesselosigkeit tritt ein, und nicht selten wird der Erfolg der Lohnbewegung durch Austritt aus dem Verbandsverbande quittiert. Jetzt sind unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder auf zwei oder drei Jahre tariflich geregelt, die Verbandsbeiträge können wir sparen? „Ja, so hör“ — einen Teil sparen; oft gerade jene, die im letzten Augenblick vor der Lohnbewegung ihren Anschluß an den Verband suchten, um sich die Streikunterstützung — wenn auch aus Lokallassenmitteln — zu sichern. Ober: „Es hat ja doch keinen Zweck, daß ich dem Verbandsbeitrage, ich erhalte ja denselben Lohn wie die Organisierten, lieber spare ich das Geld“, sprechen die Unorganisierten. Alle, die mit solchen Argumenten operieren, begreifen, daß ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch die Organisation verbessert wurden, haben noch nicht darüber nachgedacht, daß die Arbeitgeber überall dort, wo sich eine Organisationschwäche innerhalb der Arbeiterschaft zeigte, die Vereinbarungen durchbrechen und die alte Willkür wieder eintritt.

Keußerst lohnend und fruchtbringend würde auch einmal eine eingehende Würdigung und Einschätzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen jenen chemischen Betrieben sein, wo bis dato das alte patriarchalische Verhältnis zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern besteht. Dort werden wir fast immer die schlechtesten Entlohnungen und die längste Arbeitszeit vorfinden. Wie rücksichtslos solche Unternehmer, die sich gern als Arbeiterfreunde und Wohlthäter preisen lassen, gegen ihre Arbeiter sein können, sei hier an einem Beispiel aus letzter Zeit gezeigt.

Ende Februar 1912 reichte die Stuttgarter Verbandsleitung im Auftrage der Arbeiterschaft der Firma R. Feuerlein Lohnforderungen ein. Erreicht wurde nach einem zehntägigen Streik für 42 Beschäftigte eine Arbeitszeitverkürzung von 42 Stunden und eine Lohnerhöhung von 117,40 M., pro Woche. Die Arbeiterschaft war mit diesem Erfolg zufrieden, zumal auch die früheren „Bergünstigungen“ beibehalten werden sollten. Auch mit der Neuregelung des Urlaubs waren die Arbeiter einverstanden. Das Jahr 1912 ging zur Hälfte, die Krise machte sich mit Beginn des Jahres 1913 stark bemerkbar, der Tarifvertrag, der am 14. März 1913 abließ, wurde von der Arbeiterschaft und auch von der Firma nicht genehmigt, er behielt ein weiteres Jahr Gültigkeit. Der Wagh und damit auch die Produktion blieben hinter dem oder der früherer Jahre bedeutend zurück. Betriebsbeschränkung und damit verknüpft Arbeiterentlassungen waren die natürliche Folge. Kollegen, die schon 20, 25 und mehr Jahre im Betriebe beschäftigt waren, wurden als erste dem Pflaster preisgegeben. Einige fanden Unterkunft und Beschäftigung bei der Gemeinde. Erst vor wenigen Wochen schritt man wegen andauernd schlechten Geschäftsganges zu weiteren neuen Entlassungen. Unter diesen zuletzt entlassenen befand sich wieder ein Arbeiter, der am 16. Juli dieses Jahres volle 25 Jahre bei der Firma im Dienste gestanden hatte. Bis dato war es Sitte, daß jeder „Jubililar“ ein „Geschenk“ von 250 Mark am Jubiläumstage erhielt. In diesem Falle erklärte aber die Firmenleitung: „Wir können Ihnen das Geschenk nicht geben, Sie sind ja erst etwas über ein Jahr ununterbrochen bei uns beschäftigt.“ Der Arbeiter hatte nämlich im vorigen Jahre zwei Tage mitgestreikt. Wohlgekannt: Andere Arbeiter, die voriges Jahr zwei Tage mitgestreikt hatten, haben die 250 Mark erhalten. Dieser Arbeiter konnte aber das Geschenk nicht bekommen. Ähnlich lagen die Verhältnisse, aus denen heraus die Firma der Arbeiterschaft, die zur Entlassung kam, den festgelegten Urlaub zu verweigern suchte. Letzterer wurde allerdings auf Drängen der Arbeiter gewährt, oder, soweit er nicht genommen werden konnte, ausbezahlt.

Derlei Arbeiter, der bei dem Jubiläumsgeschenke das Nachsehen hatte, verunglückte vor reichlich zwei Jahren schwer im Betriebe. Er lag 21 Wochen im Spital. Nach seiner Entlassung ging er zum Direktor und bat diesen um eine kleine Zuzahlung aus der „Fabrikunterstützungskasse“. „Da könnte fast jeder kommen und Unterstützung wollen“, mit diesen Worten wurde der Arbeiter abgefertigt. Damit aber trotz der „Humanität“ in solchen Fällen den Arbeitern das „Wohlwollen“ recht tief zu Gemüte geführt wird, sei erwähnt, daß ganzahnalide Arbeiter oder Witwen vom tödlich Verunglückten eine monatliche Rente von 10 Mark bekommen.

So weit die Schilderung der Wohltaten, deren unsre Kollegen bei einem Betriebes teilhaftig geworden sind. Mögen insonderheit solche Kollegen und Kolleginnen darüber nachdenken, die bis dato in ihrem Arbeitgeber den wohlwollenden Herrn erblickt haben, mögen sich aber auch alle der Organisation noch fernstehenden klar werden, daß nur durch strikte Organisation derartige Verhältnisse geändert werden können!

Der amerikanische Hehvoigt in Deutschland.

Von Richard Wildt.

(Nachdruck verboten.)

The Principles of Scientific Management. Die Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung. Von Frederick Winslow Taylor. Deutsche Ausgabe von Dr. jur. Rudolf Koepler. Verlag Oldenbourg, München-Berlin. Preis 3,50 M.

Dieses Buch wird in Gewerkschaftskreisen sehr beachtet werden müssen. Es handelt sich um die deutsche Uebersetzung eines Werkes von Taylor, um die Propaganda der Ausbeutung nach einem System, das drüben im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten so erfolgreich an dem amerikanischen Arbeiter ausprobiert worden ist. Die Uebersetzung der vorliegenden Arbeit ist nur ein von den vielen Symptomen in dem Hin- und Herstreben zu den Reifeformen der industriellen Arbeitsorganisation, wie sie dort drüben in Amerika bis jetzt die höchste Vollendung erfahren haben: aus der Maschine Mensch wird der höchste Arbeitswert herauszuholen gesucht.

Der Einfluß der amerikanischen Schule auf die deutsche Betriebsführung hat seine guten Gründe. Amerika ist uns in der industriellen Entwicklung um ein paar Stappen voraus. Alle „Amerikafahrer“ stimmen darin überein, daß der dortige Arbeiter sowohl wie der Unternehmer als Produkte der kapitalistischen Kultur auf der höchsten Stufenleiter stehen. Besonders aber hat es der amerikanische Unternehmer wunderbar verstanden und Erfolg damit gehabt, an den Einzelgeizismus der Arbeiter zu appellieren, die Arbeiter gegenständig auszuspielen.

Der internationale kapitalistische Wettbewerb veranlaßt auch den deutschen Unternehmer dazu, die Arbeitsformen des siegreichen Nachbarlandes des großen Wassers zu studieren. Unter diesem Reichen stehen die

Erörterungen in der Unternehmerverschreibung; das Thema der „rationalen Fabrikorganisation“ ist als Arbeitsgebiet gerade in den letzten Jahren gepflegt worden; die Buchliteratur ist fast angewachsen, und in jeder Nummer einer Unternehmerverschreibung oder eines technischen Fachorgans finden wir amerikanische Arbeitsmethoden beschrieben oder angepriesen.

Besonders die Schriften von Taylor werden eifrig studiert. Das Werk Shop management ist jetzt in zweiter Auflage herausgekommen und praktisch sind die damaligen Vorschläge der „Zeitstudie“ und des „Funktionsmeister-systems“ in viel größerem Umfang in deutschen Betrieben zur Einführung gelangt, wie das die meisten Mitglieder der Gewerkschaften annehmen. Nur daß nicht immer die Arbeiter in der Werkstatt bei der Einführung dieser Ausbeutungsformen die gefährlichen Auswirkungen auf ihre Stellung selbst erkennen. Denn die Amerikaner gehen in solchen Dingen sehr gerissen vor. Auch das vorliegende Buch gibt davon eine Probe. Die „Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung“ sind eigentlich keine neuen Offenbarungen, sondern die praktischen Regeln der kapitalistischen Ausbeutung werden bewußt und planmäßig gehandhabt, werden in ein System gebracht.

Am besten läßt sich die in dem Buch vertretene Methode durch folgende Episode erklären: Der Betriebsleiter Taylor nahm einmal eine Stellung in den Bethlehem-Stahlwerken an. Er beobachtete seine Arbeiter, wie sie das Holzlein auf Karren zur Weiterverarbeitung aufzuladen hatten. Ein Arbeiter fiel ihm auf. Ein Deutscher, den er William Schmidt nennt. Ein kräftiger Arbeiter, der vor seinen Augen mit schnellen Bewegungen die Eisenstücke verladet. Taylor freut sich als Betriebsleiter über diesen Arbeiter, der ihm als solider paramer Familienvater geschildert wird. Aber bei der Gelegenheit hört Taylor auch, daß William Schmidt sich ein Stück Land gekauft hat und täglich, morgens und abends eine Stunde, auf diesem seinem Heimgarten für ein Häuschen zusammenzimmert. Dieser William Schmidt ist ein Dieb! Er bestiehlt das Eisenwerk täglich um zwei Stunden Arbeitszeit, denn wenn er noch an seinem Heimgarten täglich für sich arbeiten kann, hat er mit seiner Arbeitskraft

im Wert zurückgehalten.“ Zwischen Taylor und Schmidt entwickelt sich nun folgendes Gespräch:

„Schmidt, sind Sie eine erste Kraft?“
 „Nein, — ich verfolge Sie nicht.“
 „O ja, Sie verstehen mich ganz gut. Ich möchte wissen, ob Sie eine erste Kraft sind oder nicht.“
 „Ich kann Sie nicht verstehen.“
 „Geraus mit der Sprache! Ich möchte wissen, ob Sie eine erste Kraft sind oder einer, der den übrigen billigen Arbeitern gleicht. Ich möchte wissen, ob Sie 1,85 Dollar pro Tag verdienen wollen, oder ob Sie mit 1,15 Dollar zufrieden sind, das heißt mit dem, was diese billigen Leute da bekommen.“
 „1,85 Dollar pro Tag verdienen wollen, heißt man das eine erste Kraft? Nein, dann bin ich so einer.“
 „Sie machen mich ärgerlich. Freilich wollen Sie 1,85 Dollar pro Tag. Das will jeder. Sie wissen recht gut, daß das sehr wenig damit zu tun hat, ob Sie eine erste Kraft sind. Antworten Sie endlich auf meine Fragen und kehren Sie mir nicht meine Zeit! Kommen Sie hierher, sehen Sie diesen Haufen Holzlein?“
 „Ja.“
 „Sehen Sie diesen Waggon?“
 „Ja.“
 „Wenn Sie eine erste Kraft sind, dann laden Sie dieses Holzlein morgen für 1,85 Dollar in den Waggon. Nun wachen Sie auf und antworten Sie mir auf meine Fragen! Sagen Sie mir, sind Sie eine erste Kraft oder nicht?“
 „Nein, bekomme ich 1,85 Dollar, wenn ich diesen Haufen Holzlein morgen auf den Wagen da lade?“
 „Ja, natürlich, und täglich, jahraus, jahrein bekommen Sie 1,85 Dollar für jeden solchen Haufen, den Sie verladen; das ist, was eine erste Kraft tut.“

Greiffenberg I. Schl. Mangel an Arbeitern scheint bei der Firma C. Köthen, G. m. b. H., chemische Düngemittelfabrik, zu herrschen. Schon seit Monaten sucht die Firma in auswärtigen bürgerlichen Zeitungen Arbeitkräfte nach hier anzuwerben. Natürlich läßt man es auch an allerhand schönen Versprechungen nicht fehlen. Aber meist sehen sich dann die also Angeworbenen, sobald sich das Fabrikator hinter ihnen geschlossen hat, in ihren Hoffnungen und Erwartungen arg getäuscht. Schon mancher dieser Kollegen hat uns sein Leid geklagt und steht dann, nachdem er vielleicht einen halben oder auch ganzen Tag in genanntem Betrieb gearbeitet hat, hilflos und ohne jegliche Mittel zurückbleibend vor den Türen Greiffenbergs. Wenn wir uns nun an dieser Stelle etwas näher mit der arbeitssuchenden Firma beschäftigen, so nur deshalb, um allen den Arbeitern, welche etwa Lust verspüren sollten, sich hier anzustellen, einen Fingerzeig zu geben. Bekanntlich ist nicht alles Gold, was glänzt. Ein Beispiel wollen wir nur anführen: Am 4. September kamen ungefähr 15 bis 16 Mann hier an; dieselben waren in Dresden im „Hotel zur Waschküche“ angeworben und hierher dirigiert worden; natürlich freie Eisenbahnfahrt, dazu noch Bezahlte. „Mein Liebling, was willst du noch mehr?“ Freitag früh ging es nun an die Arbeit, in Gedanken vielleicht schon ausrechnend, 24 bis 30 Mark pro Woche zu verdienen (nach Angabe der Firma). Am Mittwoch jedoch konnte man schon einen Teil dieser Leute wieder abwandern sehen, und am Sonnabend waren nur noch ganze vier Mann von diesem Transport zu sehen. Heute, wo diese Zeiten in die Hände der Besorger gelangen, werden vielleicht auch noch diese den Staub Greiffenbergs von den Füßen geschüttelt haben. Und so ist es denn auch erklärlich, wenn die Firma C. Köthen aus dem Arbeiterbaldes überhaupt nicht mehr herauskommt. Nun wird sich mancher Leser fragen: Was liegt denn da nun eigentlich zugrunde? Hier muß doch etwas faul sein im Staate Dänemark. Doch das Rätsel ist bald gelöst: Erstens können nur wirklich kräftige Arbeiter diese Arbeiten verrichten, denn bei genannter Firma besteht jetzt die Herbst-Saison, und fast sämtliche Arbeiten werden im Alford geleistet. Zweitens sind die Lohnverhältnisse durchaus nicht rosig. Das wird jedem, auch wenn er die Arbeiten in chemischen Düngemittelfabriken noch nicht kennt, einleuchtend sein, wenn wir hier feststellen, daß für einen Waggon (200 Zentner) Einfaden und Verladen 4,50 bis 5 Mark gezahlt werden. Zu diese Summe müssen sich acht Mann teilen. Bemerkenswert wollen wir gleich, daß jeder Satz 2 Zentner wiegt. Bei den verschiedenen Mischungen, zu welchen das Material in Karren herbeigebracht wird, werden 4 Zentner eingeladen; die Karre allein wiegt ein Gewicht von 130 bis 150 Pfund auf. Würden die Arbeiter weniger laden, nun dann würden dieselben ganz einfach nichts verdienen. Denn wenn wir hier behaupten, der Durchschnittslohn für diese schwere und gesundheitsraubende Arbeit beträgt 24 Mark, so haben wir durchaus nicht zu niedrig gegriffen. Doch damit genug. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, alle arbeitssuchenden Kollegen bei Arbeitsangeboten von jener Firma Köthen etwas vorsichtig zu sein. Aber weiter fragen wir: Warum stellt die Direktion die einheimischen, alten, eingetragenen Leute nicht wieder ein, die im Laufe des Sommers, vielleicht nur um einmal ein paar Wochen in frischer Lust zu arbeiten, den Betrieb verlassen, jetzt aber wieder um Arbeit angefragt haben, und von denen selbst ein Beamter des Betriebes gesagt hat, daß dieselben tüchtige Arbeiter gewesen seien? Aber das waren Leute, welche im vergangenen Frühjahr sich erlaubt hatten, über die Lohnverhältnisse mitzubestimmen. Man sieht es hauptsächlich nur darauf abgehehen zu haben, einheimische organisierte Arbeiter vom Betriebe fernzuhalten und auswärtige, willenlose Ausbeutungsbetriebe herbeizujagen. Darum, ihr Kollegen, haltet die Augen offen, damit auch dieser Feldzugsplan der Firma zunichte gemacht wird.

zweigen Unterschlupf fanden. Die nächstfolgenden Jahre, die sich schon als Krisenjahre anmelten, werden diese Möglichkeit aber nicht zu bieten vermögen, und so wird denn die Zeit näher rücken, in der so mancher Ziegeleiarbeiter nach getaner Arbeit — hungern darf.

Verfolgen wir die Ausschaltungstendenz der „eisernen Ziegeleierkollegen“ um einige Jahre zurück, so ergibt sich, daß die Ziegeleiarbeiter alle Ursache haben, dieser Tendenz entgegenzuarbeiten. So betrug die Zahl der Ziegeleien im Jahre 1907 noch 11 561, so daß in den letzten fünf Jahren 887 Ziegeleien das Zeitliche gesegnet haben. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug 1907 noch 293 072. Die Abnahme beträgt mithin innerhalb der genannten Zeit 41 685 Personen, oder pro Jahr durchschnittlich 8337. Natürlich konnten diese 41 685 Personen nach ihrer Ausrangierung nicht von ihren Ersparnissen leben, denn das vermögen nur die Ziegeleiernehmer. Die „Ersparnisse“ der Ziegeleiarbeiter bestehen lediglich in schwindlichen Käufen und zermürbten Knochen. Die Ausrangierten mußten also, um weiter zu leben, sich andre Arbeit suchen, die Betriebe überlaufen, ihre Arbeitskraft für ein Butterbrot anbieten, mit einem Wort, sie mußten Schmuckkonkurrenz treiben. Und wenn die lohnbrückende Wirkung dieser Schmuckkonkurrenz nicht allzu kraß zum Ausdruck kam, so ist dies dem Wirken der Organisation zu danken, die als lebendige Mahnung und Drohung ihren Einfluß bei allen reaktionslüsternen Ziegeleierherren geltend machte.

Die technische Entwicklung wird aber nun keineswegs haltmachen, sondern unbekümmert um alle für die Arbeiter entstehenden Schäden ihren Weg weiterstreiten, den ihr die Profitgier vorzeichnet. Damit ist eine weitere Ausschaltung der Arbeitskräfte und eine stärkere Schmuckkonkurrenz unter den Arbeitern zu erwarten. Das heutige Organisationsverhältnis der Ziegeleiarbeiter bietet aber keinerlei Gewähr, die dadurch vermehrte Lohnbrückerei für alle Zeiten abzumildern, diese wird sich dann vielmehr in aller Schärfe zeigen. Soll dies aber unterbleiben, so gibt es nur ein Mittel, und das ist die Verkürzung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß. Es wird Aufgabe der Organisation sein, zunächst dem Neunjahrentag allgemein zum Siege zu verhelfen, und dann, gleichlaufend mit der technischen Entwicklung, eine weitere Verkürzung zu erwirken, um so statt der Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft deren Heranziehung zu ermöglichen, eingedenk der Lösung: Jedem Arbeit, jedem Brot! Dazu gehört natürlich eine machtvolle, einheitliche Organisation, die aus der heutigen gedanklosen Masse der Ziegeleiarbeiter geformt werden muß.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Gestaltung der Betriebsziffern in den einzelnen Bezirken nach der Zusammenstellung der Ziegelei-Vereinsgenossenschaft.

Bezirk	Zahl der Ziegeleien		+ Zunahme - Abnahme
	1907	1912	
I Ost- und Westpreußen . . .	587	614	+ 27
II Posen	493	426	- 67
III Pommern	369	327	- 42
IV Brandenburg	854	759	- 95
V Schlesien	1 064	970	- 94
VI Königreich Sachsen	635	652	+ 17
VII Provinz Sachsen u. Thüringen	976	878	- 98
VIII Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Lübeck, Hamburg und Fürstentum Lüneb.	628	575	- 53
IX Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe, Schaumburg-Lippe und Bremen	1 263	1 175	- 88
X Westfalen	768	733	- 35
XI Rheinprovinz und Fürstentum Bielefeld	1 732	1 586	- 146
XII Groß-Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck	713	611	- 102
XIII Württemberg, Baden, Pfalz und Elsaß-Lothringen	757	683	- 74
XIV Bayern ohne Pfalz	672	685	+ 13
Summa	11 561	10 674	- 887

Eine Zunahme der Betriebe haben also nur die Bezirke Ost- und Westpreußen und Bayern zu verzeichnen, während alle anderen Bezirke starke Abnahmen aufweisen. Die Zunahme der beiden Bezirke beruht auf deren vorwiegend ländlichem Charakter, der die Existenz kleiner Ziegebetriebe noch gestattet, dagegen große, moderne, nach hohem Profit trachtende Ziegelwerke zurückhält. Der Aufschwungprozess der Kleinen durch die Großen tritt deshalb hier noch nicht in Erscheinung. Wenn sich dieser Prozess aber in anderen ländlichen Gegenden, so in Pommern, Mecklenburg und Schleswig-Holstein, stark bemerkbar macht, so ist dies auf die dortigen günstigen Verkehrswege (Wasserstraßen) zurückzuführen, die die Ausfuhr der Ziegeleiprodukte in größerem Umfang ermöglicht und damit das Großkapital anzieht.

Die Verteilung der beschäftigten 251 387 Arbeiter auf die Bezirke ergibt folgendes Bild:

Bezirk	Beschäftigte Personen		+ Zunahme - Abnahme
	1907	1912	
I	15 487	13 625	- 1 862
II	10 132	8 864	- 1 268
III	7 817	7 866	+ 49
IV	37 610	25 253	- 12 357
V	29 494	27 522	- 1 972
VI	17 709	18 818	+ 1 109
VII	23 080	19 278	- 3 782
VIII	11 890	10 469	- 1 421
IX	26 259	22 281	- 3 978
X	17 085	16 047	- 1 038
XI	40 745	34 992	- 5 753
XII	12 692	9 850	- 2 842
XIII	21 968	19 420	- 2 548
XIV	21 144	17 612	- 3 532
Summa	293 072	251 387	- 41 685

Den größten Rückgang der Beschäftigungsziffer hat mit 12 357 Personen der Bezirk Brandenburg aufzuweisen. Hier sind mithin 32,8 Prozent, also nahezu ein Drittel der Beschäftigten, innerhalb 5 Jahren überflüssig geworden. Bonnumern vermochte seinen Bestand zu halten, obwohl 42 Betriebe eingegangen sind. Es liegt dies wohl in den schon angedeuteten günstigen Verkehrs wegen (Oder und Döbbe) begründet. Eine merkwürdige Ausnahme macht Sachsen, das nicht nur die Arbeiterschaft der 33 eingegangenen Betriebe weiter beschäftigte, sondern auch noch eine Zunahme von 1109 Personen zu verzeichnen hat. Die hohe industrielle Entwicklung dürfte diese Tatsache gezeitigt haben. Der Bezirk Ost- und Westpreußen, ebenso auch Bayern hat trotz der Zunahme an Betrieben, eine bedeutende Abnahme an Arbeitskräften. Diese Erscheinung beruht darauf, daß in den Industriegegenden dieser Bezirke mittlere Betriebe eingingen und dafür in den industriearmen Gegenden Ziegebetriebe entstanden, die die freigewordenen Arbeitskräfte nicht aufzunehmen vermochten.

Die Lohnverhältnisse haben sich, wie bei der Hochkonjunktur auch erwartet wurde, weiter gebessert. Der durchschnittliche Gesamtverdienst stieg von 772,10 Mark auf 821,42 Mark, so daß die Steigerung im Jahre 1912 49,32 Mark beträgt. Diese Lohnsteigerung wurde einmal durch die von unserer Organisation geführten Lohnbewegungen und dann durch die Verlängerung der Kampagne hervorgerufen. Wie die Lohnverhältnisse in den einzelnen Bezirken liegen, ergibt nachfolgende Tabelle:

Bezirk	Jahres-Durchschnittsverdienst		+ Zunahme - Abnahme
	1911	1912	
I	698,66	676,50	- 22,16
II	569,56	632,60	+ 63,04
III	676,68	743,42	+ 66,74
IV	708,59	748,91	+ 40,32
V	765,27	761,90	- 3,37
VI	806,25	803,87	- 2,38
VII	884,10	869,51	- 14,59
VIII	727,03	773,34	+ 46,31
IX	873,29	872,43	- 0,86
X	792,54	853,43	+ 60,89
XI	918,31	937,12	+ 18,81
XII	741,71	881,47	+ 139,76
XIII	760,87	899,93	+ 139,06
XIV	631,54	806, —	+ 174,46

Ein Rückgang des Lohnes ist somit in den Bezirken Ost- und Westpreußen, Schlesien, Sachsen, Provinz Sachsen und Thüringen und Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe und Bremen zu verzeichnen. Der Rückgang ist jedoch gegenüber der Steigerung in den übrigen Bezirken äußerst gering. Die höchste Steigerung erzielte Bayern mit 174,46 Mark, das sind 27,6 Prozent. Es kommen dann die Bezirke XII und XIII, so daß die hauptsächlichste Lohnsteigerung auf Süddeutschland fällt. In Sachsen dürfte der geringe Lohnrückgang auf die ausländischen Arbeiter (Ruppolen) zurückzuführen sein, die 1912 in verschiedenen Gegenden zum erstenmal eingeführt wurden, um der Organisation einen Damm zu setzen. Daß dieser Damm nicht die Hoffnungen der Ziegeleierherren erfüllte, wird der nächstjährige Bericht lehren.

So erfreulich die Lohnsteigerung auch ist, so kann sie uns doch noch keineswegs befriedigen. Denn die hier angeführten Durchschnittslöhne bedeuten für einen großen Teil der Ziegeleiarbeiter das Jahreseinkommen, das durch die Mitarbeit der Frauen oder durch die Bewirtschafung eines Stückchens Ackerland nur notdürftig ergänzt wird. Wenn sich auch die Löhne der Wanderarbeiter etwas über den angeführten Durchschnitt erheben, so wird dies wiederum durch den doppelten Haushalt, den sie zu führen gezwungen sind, ausgeglichen. Die Ziegeleiarbeiter stehen also mit ihrem Einkommen, trotz ihrer schweren Arbeit und langen Arbeitszeit, noch weit unter dem Existenzminimum, das eine badijsche Regierungsbehörde schon vor Jahren auf 1600 Mark festsetzte. Und so wird es auch bleiben, solange sich die große Masse der Ziegeleiarbeiter nicht auf ihre Organisationspflicht bekennt.

Keramische Industrie

Die Ziegelindustrie im Jahre 1912.

Seit etwa einem Jahrzehnt steht die Ziegelindustrie allgemein im Zeichen der fortschreitenden Technik. Die alten Ziegelhütten mit ihren Schachthöfen aus großväterlicher Zeit sind fast vollständig verschwunden, die Feldbrandziegeleien sind auf der letzten Etappe des Aussterbens angelangt, und nun geht es auch den Handstrichbetrieben energisch an den Kragen. Die Maschine bricht sich allentwärts Bahn, da sie sich in ihrer Vielgestaltigkeit allen Betriebs-, Materials- und Produktionsverhältnissen anzupassen vermag. Die aus dieser Entwicklung resultierenden Folgen sind zweifelsfrei: sie richten sich gegen die Arbeiter und auch gleichzeitig gegen die Unternehmer. Die Einföhrung und Verbesserung der Maschinen steigert die Produktion, und diese wieder die Konkurrenz, so daß die kapitalstarken Ziegeleiarbeiter mehr und mehr samt ihren Betrieben verschwinden. In demselben Tempo werden nicht unbedeutende Massen von Arbeitern ausgeschaltet, aus Lohn und Brot getrieben, da die Maschinen an ihre Stelle getreten sind. Der Nutzen der technischen Entwicklung aber heimlich jene Elemente an, die mit einem wohlgefüllten Geldsack gesegnet sind.

Das Jahr 1912 war für die Ziegelindustrie ein Jahr der Hochkonjunktur, das außer seinen goldenen Lichtseiten für die Ziegeleierherren tiefe Schattenzeiten für die Arbeiter brachte. Die Zahl der Ziegeleien ging nämlich nach dem Bericht der Ziegelei-Vereinsgenossenschaft von 10 767 auf 10 674, also um 93 zurück. Daß die 93 Ziegeleibetriebe, die ihre Betriebe eingehen ließen, nun selbst die Ziegelwerke schließen, ist wohl nicht anzunehmen, sie werden sich, soweit sie es nötig haben, einem andern arbeitslosen Beruf widmen. Um so schmerzlicher waren die Folgen dieses Rückgangs für die Arbeiterschaft, indem sich die Zahl der in den Ziegeleien beschäftigten Personen von 291 999 auf 251 387 verminderte. Mithin wurden in einem Jahre der Hochkonjunktur 16 612 Personen als überflüssig ausgeschaltet. Wenn diese Tatsache weniger merkbar in Erscheinung trat, so deshalb, weil die ausgeschalteten Arbeiterschaft infolge der hohen Geschäftslage in anderen Industrie-

„Was, das ist ein Mist. Ich kann also dieses Maschinen morgen für 1,50 Dollar auf den Wagen laden und betriebslos das ganze Tag, ja?“
 „Ganz genau.“
 „Was, wenn Sie es nicht heute tun?“
 „Der langjam, ganz genau! Sie wissen ja gut wie ich, daß eine gute Kraft vom Morgen bis zum Abend genau das tun muß, was ihr Arbeitgeber will. Sie haben diesen Mann schon vorher gesehen, nicht?“
 „Nein.“
 „Wenn Sie nun eine gute Kraft sind, dann werden Sie morgen genau so, als dieser Mann Ihnen sagt, und genau zum morgens bis abends. Wenn er sagt, Sie sollen einen Kupferhammer aufheben und damit weitergehen, dann heben Sie ihn auf und gehen damit weiter! Wenn er sagt, Sie sollen sich niederlegen und schlafen, dann legen Sie sich hin! Das nun Sie übermäßig im ganzen Tag über. Und was noch dazu kommt, Ihre Willenskräfte! „Was eine Kraft!“ ist ein Arbeiter, der genau so, was ihm gesagt wird, und nicht widersteht. Verstehen Sie mich? Wenn dieser Mann zu Ihnen sagt: Gehen Sie, dann gehen Sie, und wenn er sagt: Gehen Sie sich wieder, dann gehen Sie sich wieder, fröhlich hin.“
 „Schade, können Sie arbeiten und in regelmäßigen Abständen werden ihm von dem Mann, der bei ihm als Leiter hand, gesagt: Jetzt heben Sie einen Hammer auf und gehen Sie damit! Jetzt legen Sie sich hin und schlafen, wenn ihm das befohlen wurde, so auch weiter, und um 7 Uhr nachmittags kann er schlafen, wenn er auf den Wagen verladen. Er verdient diese ganze Zeit hindurch etwas mehr als 1,50 Dollar durchschnittlich, während er vorher nie mehr als 1,15 Dollar täglich verdienen konnte, was damals die Besten der damaligen Arbeiter war. Er erhielt also 60 Prozent mehr Lohn als die anderen Arbeiter, die nicht unter dem Konkurrenzverhältnis standen. Ein Mann nach dem anderen wurde

ausgelesen und angelern, 47 1/2 Tonnen Kohleisen pro Tag zu verladen, bis alles Kohleisen auf diese Weise verladen war. Natürlich erhielten sämtliche Belegschaft 60 Prozent mehr Lohn als die anderen. Für das Höhenwert aber ergaben sich in den Produktionskosten folgende Veränderungen:

	Altes System	Neues System
Die Zahl der Arbeiter wurde verringert von ungefähr	400-600	140
Durchschnittsleistung eines Mannes täglich nach Tonnen gerechnet	16	59
Durchschnittslohn pro Mann und Tag ca.	4,81 RM. (1,15 Doll.)	7,80 RM. (1,88 Doll.)
Durchschnittliche Kosten für Transport und Verladen pro Tonne ca.	0,291 RM. (0,072 Doll.)	0,138 RM. (0,033 Doll.)

So geht es das ganze Ding durch. Die die Kohleisenverlade überlistet wurden, so ging es den Mädchen in der Kupferverarbeitung, die Erfahrungen werden geschildert, wie für alle möglichen Arbeitsoperationen des Industriebetriebs das Pennumsystem angewendet ist. Zunächst wird empfohlen, die einzelnen Handarbeiten, die „Arbeitsmomente“, in ihrer Zweckmäßigkeit und in ihrem Zeitverbrauch genau zu kontrollieren. Aus welchen Einzeloperationen setzt sich die Arbeit zusammen? In welcher längeren Zeit lassen sich diese Einzelhandarbeiten ausführen? Dann wird untersucht, ob die Hilfswerkzeuge und Hilfsmittel sich mit der höchsten Zweckmäßigkeit dem ganzen Arbeitsprozess einleihen. Auch komplizierter wird so gearbeitet; die technischen Hilfsmittel werden in jedem einzelnen Fall so ausgebildet, daß sie den Arbeiter seiner Arbeit erleichtern. Unter möglichst wenig Kraft-

aufwand soll zum Beispiel der Arbeiter seine Ziegelsteine aufheben, sie sollen ihm durch Fahrständer möglichst nahe an seinen jeweiligen Arbeitsplatz herangeführt werden. Die Arbeitskraft soll gespart werden bei der Bornahme der einzelnen Arbeitsoperationen.
 Das Denken soll dem Arbeiter auch abgenommen werden. Der Arbeitsplan wird schon im Betriebsbureau entworfen (möglichst unabhängig soll der Arbeitsprozess von der individuellen Geschwindigkeit der einzelnen Arbeiter eingeleitet werden). Alle diese „Erleichterungen“ werden aber nicht aus sozialem Pflichtgefühl für den Arbeiter eingeleitet, sondern der Arbeiter soll nach diesem neuen System für den Unternehmer möglichst viel leisten, möglichst viel Arbeitsakte werden in eine Zeitspanne zusammengedrängt.
 Und damit kommen wir auf die „Vorleile“ zu sprechen, die für den Arbeiter aus der Anwendung des Taylorsystems sich ergeben. Darüber verbreitet sich Taylor selbst sehr ausführlich. Er schreibt, daß die Leiter in heutigem Unternehmen mit den Arbeitern „schaffen“, allen Erstes müht er als den Erfolg seiner Methode, daß die Arbeiter sich wohlgeföhlt hätten bei dieser Arbeitsweise, daß ihr Verdienst gegen früher in die Höhe ging, daß für diese lohnendere Beschäftigungsmöglichkeit die Arbeiter ihren Betriebsleitern dankbar gewesen wären. „Harmonisches Zusammenarbeiten, nicht Uneinigigkeiten und Gegenstände.“
 Möglich, daß Taylor selbst an diese soziale Mission seiner Arbeitsmethode glaubt. Obwohl man Zweifel daran haben darf, daß ein Mann, der sich als Betriebsleiter von hypermodernem Betrieben in Amerika bewährt hat, der geradezu mit Applaus seine Ausbeutungsmethoden ausgeföhrt hat, allzu reichlich mit sozialem Öl gesalbt ist. Wir werden den Eindruck nicht los, daß Taylor auch in seinen sozialen Tiraden nur ein hunger Geschäftsmann ist, der ganz genau weiß, wie man auch dieses Moment benutzt, um am besten zum Ziel zu kommen.